

Bezugspreis: Vom 7.-12. Oktober 22 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 7.-12. Oktober für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Ostpreußen u. Litauen 60 Millionen für das übrige Ausland 92 Millionen Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Sichtung und Kleingericht“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Vorgabemotrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 12. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Dillonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:
Die einseitige Kompositionelle 400 Mark, Reklamestelle 2000 Mark.
„Kleine Anzeigen“ das fertige Drucke Wort 120 M. (zulässig zwei fertige Drucke Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stempelgebühren das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Preis 40 M.
Alle Grundpreise mal Schließjahr gutzeit 100 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Noch keine Reichstagsauflösung!

Die Schlußabstimmung auf Sonnabend vertagt. — Annahme wahrscheinlich. Gegenkoalition der Deutschnationalen und Kommunisten.

Ein gemeinsam verabredeter und gemeinsam ausgeführter Vorstoß der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten hat gestern im Reichstag das Ermächtigungsgesetz in Gefahr gebracht. Ihr Versuch, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, wurde zunächst durch einen Verlagsbeschluss durchkreuzt. Die entscheidende Kraftprobe zwischen der Mehrheit und der in enger Gemeinschaft vorgehenden Gegenkoalition wird am Sonnabend, 1 Uhr, in einer neuen Sitzung erfolgen. Es sei vorweg bemerkt, daß nach der Entwicklung der Dinge im Lauf des gestrigen Tages die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am Sonnabend sehr wahrscheinlich, wenn nicht geradezu gewiß ist.

Ueber die Vorgänge der gestrigen Reichstags-Sitzung unterrichtet im einzelnen eine weiter unten gegebene Darstellung. Sie wird in Verbindung mit dem Reichstagsbericht dem Leser ein klares Bild von dem geben, was sich abgespielt hat.

Genosse Dr. Breitscheid hat in seiner kurzen Rede, die schon im gestrigen Abendblatt wiedergegeben wurde, noch einmal knapp und klar die Gründe dargelegt, die die Reichstagsfraktion veranlassen, für das Ermächtigungsgesetz einzutreten. Die Not des Volkes fordert rasche Maßnahmen, Maßnahmen, die leicht zu spät kommen könnten, wenn sie auf dem umständlichen Weg der normalen Gesetzgebung beschlossen werden sollten. Darum hat sich die Reichstagsmehrheit entschlossen, der Regierung, die eine parlamentarische Regierung ist, die also gewissermaßen einen Vollzugs-ausschuh der Parlamentsmehrheit darstellt, gewisse außerordentliche Vollmachten zu übertragen, von denen die Regelung der Arbeitszeit auf sozialdemokratisches Verlangen ausdrücklich ausgenommen wurde.

Es ist nichts als ein agitatorischer Kunstgriff, wenn man eine solche Bevollmächtigung der Regierung durch das Parlament als einen „Bankrott des Parlamentarismus“ darzustellen versucht. Die Regierung erhält alle Macht, die sie ausüben soll, vom Parlament, und das Parlament kann seine Vollmachten widerrufen, indem es die Regierung stürzt oder auch die von ihr getroffenen Verfügungen durch Beschluß wieder rückgängig macht.

Die Ermächtigung ist auf die gegenwärtige Regierung beschränkt, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Man spricht von einer „legalen Diktatur“. Der Ausdruck mag falsch oder richtig sein, jedenfalls ist eine „legale Diktatur“, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, für die Massen des arbeitenden Volkes besser als eine illegale Diktatur, der von vornherein der Stempel der Reaktion und der Arbeiterfeindschaft aufgedrückt ist.

Für den unwahrscheinlichen Fall, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend fällt, bleibt als ultima ratio nur die Reichstagsauflösung. Diese würde aber erst recht den Einfluß des Parlaments lahmen. Selbst angenommen, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen gelingt, die Wahlen glatt durchzuführen, würde für Wochen und Monate kein Reichstag vorhanden sein. Kann das deutsche Volk während dieser Zeit ein Ruhenlassen aller Wirtschaftsreformen, vor allem der so brennend notwendigen Währungsreform, vertragen?

Während dieser Zeit wären auch die politischen Machtverhältnisse in Deutschland ganz und gar in Frage gestellt. Die Regierung, die das Reich inzwischen verwaltete, hätte keine Parlamentsmehrheit hinter sich. Es müssen aber, wenn nicht alles zu Bruch gehen soll, sobald wie möglich mit der Entente Verhandlungen geführt werden. Soll man denen, die diese Verhandlungen hintertreiben, weil sie das Verderben Deutschlands wollen, nun auch noch das billige Argument an die Hand geben, Deutschland besitze keine verhandlungsfähige Regierung mehr, seine Auflösung sei so weit fortgeschritten, daß man mit ihm überhaupt nicht mehr verhandeln könne?

Solche Betrachtungen zeigen, was am Sonnabend auf dem Spiel steht. Gestern haben Völkische, Deutschnationale und Kommunisten gemeinsam daran gearbeitet, das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes mit allen Mitteln zu verhindern. In der Negation haben die Herrschenden eine brüderliche Gemeinschaft betätigt, die wahrlich eines besseren Ziels würdig gewesen wäre. Im Positiven, bei der Beantwortung der Frage, was dann weiter kommen soll, dürften die Meinungen doch recht weit auseinandergehen. Die Völkischen und Deutschnationalen steuern offensichtlich auf die Diktatur von rechts hin, auf die äußerste Reaktion, die alle Arbeiterrechte vernichtet. Und wenn sie sich dabei die Hilfe der Kommunisten gefallen lassen, so tun sie es sicher in der Absicht, den Rohren wieder fortzuschicken, sowie er seine

Schuldigkeit getan hat. Zugegeben, daß Koalitionen immer etwas zweifelhafte Geschäfte sind, auf die man sich ohne äußerste Not nicht einlassen soll, aber die neue Koalition der Völkischen und Deutschnationalen mit den Kommunisten ist ganz unzweifelhaft für die Arbeiter das aller-schlechteste Geschäft, das sich überhaupt denken läßt!

Gegen die Anschläge dieser neuen Koalition wird die Mehrheit morgen besser gerüstet sein als sie es gestern war. Dazu hat auch die Aussprache, die gestern abend in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden hat und über die wir an anderer Stelle berichten, beigetragen. Daß eine Wiederkehr der Fraktionsgenossen gegen die Taktik der Mehrheit schwere Bedenken hat, ist bekannt. Aber die ehrliche Absicht, den Arbeiterinteressen nach bestem Wissen und Gewissen zu dienen, wird von beiden Seiten sich gegenseitig zugebilligt. Ueber die Notwendigkeit, die Einheit und Geschlossenheit der Parteien zu wahren, gemeinsam gefaßte Beschlüsse gemeinsam durchzuführen, kann kein Zweifel bestehen.

Darum wird und muß auch am Sonnabend der Anschlag der nationalistisch-kommunistischen Koalition, den kein Sozialdemokrat billigt, keiner unterstützen will, misslingen!

Zwischen Annahme und Auflösung.

Die Vertagung der letzten Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz ist durch Beschluß der Mehrheitsparteien herbeigeführt worden, weil Deutschnationale, Völkische und Kommunisten den Saal verlassen hätten und es infolgedessen sehr ungewiß geworden war, ob sich noch zwei Drittel aller Abgeordneten im Saale befänden. Ein verfassungänderndes Gesetz wie das Ermächtigungsgesetz kann nur dann zustande kommen, wenn sich zwei Drittel aller Abgeordneten im Saale befinden und davon wieder zwei Drittel dafür stimmen. Waren nicht zwei Drittel der Abgeordneten anwesend, müßte das Gesetz fallen, und die Auflösung des Reichstags war die unmittelbare Folge.

Am Sonnabend wird also darüber entschieden, ob das Ermächtigungsgesetz zustande kommt oder ob der Reichstag aufgelöst wird.

Durchgreifende Steuermaßnahmen.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung.

Amlich wird gemeldet: Die immer wieder störende Fortschreitende Geldentwertung und die damit verbundene Veränderlichkeit aller wirtschaftlichen Verhältnisse haben das deutsche Steuerwesen systemlos und unübersichtlich gestaltet. Die Aufgabe, hier Ordnung zu schaffen, kann nicht von heute auf morgen gelöst werden. Das Reichsministerium hält es aber für seine Pflicht, ohne jeden Zeitausschub in steuerlicher Hinsicht das zu tun, was möglich und dringend geboten ist, nämlich die auf Papiermark lautenden Steuern in der Zahlung wertbeständig zu machen. Auf Antrag des Reichsministeriums hat daher der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über Steuerbewertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren erlassen. Damit folgt die deutsche Finanzwirtschaft dem Vorgehen der Privatwirtschaft, die sich in den letzten Monaten und Wochen immer mehr auf wertbeständige Zahlung eingestellt hat. Die Umstellung der Steuerleistung auf Goldmark sichert den Staat gegen die Entwertung geschuldeter Steuerleistungen. Damit soll die Arbeit des Finanzbehördenapparates wieder fruchtbringend gemacht werden. Auf der anderen Seite wird der Staat auch bereit sein, zuviel gezahlte Steuern wertbeständig zurückzugeben. Ferner wird vorgehien, daß die Finanzämter von der unproduktiven Weiterarbeit an den durch die Geldentwertung völlig überholten Steuern möglichst freigestellt werden. Ueber die Einzelheiten der Verordnung wird eine weitere öffentliche Mitteilung erfolgen. Gleichzeitig werden Durchführungsbestimmungen für eine Ueberleitung vom bisherigen Rechte in das neue sorgen.

phalen Marktsturz dieser Tage total veränderten Wertverhältnisse verfügt wird.

Diese Maßnahme kann vom Standpunkt der Arbeiterschaft nur rückhaltlos gutgeheißen werden, da es gerade die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften waren, die seit Jahren den Kampf für die Beseitigung jenes Steuerunrechtes führten, das die fortschreitende Entwertung der Mark zugunsten der Besitzenden mit sich bringt.

Des weiteren aber enthält die Verordnung eine Reihe von Vorschriften, die ebenfalls von erheblichem praktischen Werte sind. So wird z. B. die bisherige Vermögenssteuerveranlagung, die nur einen ungeheuren Aufwand von Zeit, Arbeit und Geld erforderte, der jetzt in keinem Verhältnis zu den sich daraus ergebenden Einnahmen steht, glatt eingestellt. Das gleiche gilt für den Hauptteil der Arbeiten, die mit der Zwangsanleihe zusammenhängen. Nur wegen der Proiabgabe, die bekanntlich auf einer volarisierten Neuauflage der Zwangsanleihe beruht, werden gewisse technische Vorarbeiten der Zwangsanleihe von den Finanzämtern weitergeführt. Ueberhaupt sollen alle Steuern, die keinen nennenswerten Ertrag einbringen, mit einem Federstrich einstweilen aufgehoben werden. Ferner steht die Verordnung vor, daß alle Prozesse, die der Reichsfinanzverwaltung wegen kleiner Beträge führt, einfach eingestellt werden. Auch dies bedeutet eine wesentliche Entlastung unserer Finanzverwaltung. Auch diesen Maßnahmen kann vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus nur zugestimmt werden, da es sich bei dieser Aufgabe kostspieliger und längst überholter Steuern um eine schon wiederholt im „Vorwärts“ aufgestellte Forderung handelt.

Maßgebend bei der Aufwertung der Steuern soll der Grundsatz sein, daß diese Anpassung für alle Steuern gilt, die seit dem 1. September fällig waren. Für die Steuern jüngeren Datums, die vor dem 1. September fällig waren, sollen bestimmte Aufwertungsschlüssel gelten, alle Steuern älteren Datums dagegen werden, soweit keine strafbaren Handlungen vorliegen, getilgt.

In der gleichen Sitzung des Reichskabinetts ist Einmütigkeit darüber erzielt worden, daß auch nach der Ausgabenseite nach bestimmten strengen Grundätzen die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Etat zu erstreben ist. Es ist beschlossen worden, daß das Einspruchsrecht des Reichsfinanzministeriums gegen alle nennenswerten Neuausgaben des Reiches einheitlich zusammengefaßt werden müßte und daß überhaupt nur dann Neuausgaben erfolgen dürften, wenn das Gesamtkabinetts sie genehmigt.

In der Währungsfrage stehen die letzten Entscheidungen bevor, nachdem die Vorarbeiten zu den verschiedenen Gesetzen über die Schaffung einer neuen Währung bereits unter dem Genossen Hilferding geleistet worden sind. Die letzten Verhandlungen mit den in Frage kommenden Kreisen des Wirtschaftslebens stehen vor dem Abschluß, so daß in den allernächsten Tagen, gleichviel ob der Reichstag das Ermächtigungsgesetz annimmt oder ob er aufgelöst werden muß, die Gründung der Währungsbank zu erwarten ist.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist eine gewisse Klärung für die allernächste Zukunft der deutschen Reichspolitik infolern eingetreten, als das Reichskabinetts in einer unmittelbar nach der Vertagung des Reichstages abgehaltenen Sitzung Beschlüsse von großer Tragweite gefaßt hat.

Es bleibt selbstverständlich dabei, daß bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Reichstag sofort aufgelöst wird, wie es der Reichskanzler in völliger Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten in der Plenarsitzung mitgeteilt hat. Aber auch dann, wenn das Ermächtigungsgesetz durchfallen und der Reichstag aufgelöst werden sollte, würde keine Regierungskrise dieserhalb ausbrechen. Vielmehr hat das Reichskabinetts schon jetzt beschlossen, auch in diesem Falle die Geschäfte weiterzuführen und die hauptsächlichsten Maßnahmen, die es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu treffen beabsichtigte, nunmehr kraft des bekannten Art. 48 der Reichsverfassung zu ergreifen.

Von der Ermägung ausgehend, daß die neuerliche Verzögerung der Annahme des Ermächtigungsgesetzes einen Zeitverlust bedeutet, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen die verhängnisvollsten Folgen haben könnte, hat ferner die Reichsregierung in der gleichen Sitzung beschlossen, schon jetzt von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die ihr der Art. 48 der Reichsverfassung bietet: sie hat eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen, durch die die Anpassung der bereits vorhandenen Steuern an die durch den katastro-

Den Fall der Auflösung haben nach der Verfassung die Reichswahlen binnen 90 Tagen zu erfolgen, und der neu gewählte Reichstag hat binnen 90 Tagen zusammenzutreten. Ob zurzeit die Möglichkeit besteht, im ganzen Reichsgebiet Reichswahlen durchzuführen, müßte dann der Versuch lehren.

Die Zahlenverhältnisse.

Bei Beginn der namentlichen Abstimmung von gestern waren 371 Abgeordnete anwesend. Der Reichstag hat 459 Mitglieder, es haben also 88 bei dieser wichtigen Entscheidung gefehlt. Ein Teil davon mag durch Krankheit entschuldigt sein, auch für andere gab es wichtige Abhaltungsgründe, so waren z. B. einige Abgeordnete zum Staatsgerichtshof in Leipzig einberufen, dessen Mitglieder sie sind. Am Sonnabend werden jedenfalls alle Abgeordneten zur Stelle sein, die nicht totkrank sind, dadurch werden die Ausschüsse für das Zustandekommen des Gesetzes verbessert.

Da der Reichstag 459 Mitglieder hat, ist die Anwesenheit von 306 Abgeordneten notwendig, wenn ein verfassungsänderndes Gesetz zustande kommen soll. Diese Zahl muß also erreicht werden, auch nach Abzug derjenigen, die zwar anwesend sind, aber im Augenblick der Abstimmung den Saal verlassen.

Die Koalitionsparteien zählen insgesamt 346 Abgeordnete. Von diesen dürfen nicht mehr als 40 fehlen, wenn die erforderliche Zweidrittelmehrheit aufrechterhalten werden soll.

Sind 306 Abgeordnete anwesend, während die Opposition der Abstimmung fernbleibt, so ist das Zustandekommen des Gesetzes gesichert.

Wie aber sieht die Sache, wenn die Opposition ihre Taktik ändert und am Sonnabend im Saal bleibt? Bei vollständigem Hause zählt die Opposition 113 Abgeordnete, die Koalition zählt 346, die Zweidrittelmehrheit beträgt 306. Stimmen alle Mitglieder der Koalitionsparteien für das Gesetz, dann ist es verfassungsmäßig beschloffen.

Die Entscheidung am Sonnabend hängt davon ab, ob alle Mitglieder der Koalitionsparteien das Ihre tun, um die Zweidrittelmehrheit aufrechtzuerhalten und ob alle für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Geringe Abbröckelungen würden an dem Resultat nichts ändern, größere würden es verschieben, sie würden den Fall des Ermächtigungsgesetzes und die Auflösung des Reichstages herbeiführen.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Die Sorge darum, ob es gelingen werde, die Zweidrittelmehrheit zusammenzubehalten, war folgendem Vorfall entsprungen: Bei der ersten namentlichen Abstimmung, bei der es sich um einen deutsch-nationalen Abänderungsantrag handelte, stimmten 371 Abgeordnete. Bei der nächsten, bei der es sich um den § 1 des Gesetzes handelte, stimmten aber nur noch 351 mit. Es hatten sich also zwischen der ersten und zweiten namentlichen Abstimmung 20 Abgeordnete aus dem Saal entfernt, weil sie an der Abstimmung nicht teilnehmen wollten. Diese Zwanzig waren vorwiegend Sozialdemokraten, die mit dem Fraktionsbeschluss für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, nicht einverstanden waren.

Das Gewohnheitsrecht der Fraktion gestattet es dem einzelnen Mitglied nicht, gegen den Fraktionsbeschluss zu stimmen, es gestattet ihm aber, vor der Abstimmung ohne Aufsehen den Saal zu verlassen, wenn ihm die Abstimmung nach dem Fraktionsbeschluss gegen das Gewissen geht. Es ist zweifellos, daß die Genossen, die sich absankerten, subjektiv nichts anderes wollten, als von diesem Gewohnheitsrecht Gebrauch machen. Objektiv aber gestaltete sich die Sache so, daß ihr Auszug aus dem Saal gewaltigen Aufsehen erregte und eine Verschiebung der politischen Gesamtlage herbeiführte.

Die nationalsozialistische-kommunistische Obstruktion.

Während der ganzen Sitzung hatten Kommunisten, Böllische und Deutsch-Nationale ganz ohne Scheu über eine gemeinsame Taktik verhandelt. Die Parlamentäre beider Seiten eilten während der Beratungen unaufhörlich quer durch den Saal herüber und hinüber. Der Kommunist Barth ging zu dem Deutsch-nationalen Herrn v. Graefe hinüber und begrüßte ihn mit den Worten: „Sie haben mich gewünscht“, worauf ein etwa halbstündiges vertrauliches Gespräch folgte. Auch Ledebour bemühte sich anscheinend lebhaft um die Vermittlung zwischen ihnen und drüben. Die während der Sitzung angeponnenen Verhand-

lungen wurden nachher wertlos fortgeführt: u. a. traten Schulz-Bromberg und Hergt von den Deutsch-Nationalen und Höllein von den Kommunisten zu einer Besprechung zusammen.

Als die vereinigte Opposition bemerkte, daß einige sozialdemokratische Abgeordnete vor der Abstimmung den Saal verließen, daß also die Mehrheit auf dem linken Flügel eine schwache Stelle aufwies, glaubten sie ihr Spiel schon gewonnen. Das Schiff lief geradewegs auf die Klippe — der Vertagungsbeschluss führte es noch einmal mit einem gewaltigen Ruck an ihr vorbei.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

versammelte sich nach der Sitzung zu einer mehrstündigen Aussprache, die trotz der schweren Erregung des Tages in durchaus sachlichen und kameradschaftlichen Formen geführt wurde. Es wurde festgestellt, daß es bei dem bisherigen Brauch der Fraktion verbleibe, wonach es den Mitgliedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen Fraktionsbeschluss zu stimmen. Entfernungen aus der Sitzung oder Nichtabgabe der Stimmkarten sind zulässig, sofern sie nicht mit demonstrativer Absicht verbunden und nicht geeignet sind, den politischen Willen der Fraktion zu durchkreuzen. Der Wille der Fraktion geht dahin, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend mit den verfassungsmäßigen Mehrheiten angenommen werde, und es besteht begründete Ansicht, daß die Entscheidung des Reichstags auch in diesem Sinne ausfallen wird.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlten am Donnerstag bei der geplanten wichtigen Abstimmung insgesamt 24 Mitglieder. Hierzu gehören zum Teil Gewerkschaftsvertreter, die sich auf Dienstreisen befanden und solche Abgeordnete, die in amtlichen Stellungnahmen im Saal anwesend waren. Ein Teil der Genossen, die nicht anwesend waren, fehlte unentschuldig. Das Fraktionssekretariat hat Vorkehrungen getroffen, daß die am Donnerstag nicht anwesenden Fraktionsmitglieder am Sonnabend in Berlin seien.

Der Verlauf der Sitzung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Bei der Eingangsrede des Ermächtigungsgesetzes in der gestrigen Reichstagsitzung eht Abg. Walle (Döhl.) erneut das Gesetz ab, weil es die Verfassung verletze. Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß eine rote des Generals Koller vorliege mit der Forderung der Auflösung der Reichswehr.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In der Abstimmung wird zunächst der kommunistische Antrag zu § 1, das Gesetz lediglich auf finanzpolitische Maßnahmen zu beschränken, aber alle sozialpolitischen Maßnahmen herauszulassen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ueber den deutsch-nationalen Antrag, den Satz in § 1 zu streichen, wonach von den Grundrechten der Verfassung abgewichen werden kann, wird namentlich abgestimmt.

An der Abstimmung nimmt auch der Reichsanwalt als Abgeordneter auf seinem Abgeordnetensitz teil. Der Antrag wird mit 292 gegen 29 Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt. Damit ist festgestellt, daß von den 459 Abgeordneten zurzeit 371 anwesend sind.

Abgelehnt werden weitere Anträge der Deutschnationalen auf weitere Ausnahmen von dem Ermächtigungsgesetz.

Die Gesamtstimmung über den § 1

ist wiederum namentlich. § 1 wird mit 263 gegen 97 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschsozialistische Freiheitspartei, die Bayerische Volkspartei, die Kommunisten und der Abg. Geisler (b. l. Fr.). Ein Teil der Sozialdemokraten beteiligte sich nicht an der Abstimmung, so daß 20 Stimmen weniger abgegeben werden als bei der ersten namentlichen Abstimmung.

Zu § 2 wird in einfacher Abstimmung der deutsch-nationaler Antrag abgelehnt, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit und der sonstigen Demobilisierungsvorschriften in Kraft tritt.

Zu § 3 beantragen die Deutschnationalen weiter, den Satz, daß das Gesetz mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924, außer Kraft tritt, dahin zu ändern, daß die Worte „oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung“ gestrichen werden.

In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 394 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

§ 2 selbst wird in einfacher Abstimmung angenommen. Anträge der Deutschnationalen, wonach ein § 3 hinzugefügt werden soll, daß während der Dauer des Gesetzes die Reichstagsmitglieder Aufwandsentschädigung nur für die Tage erhalten sollen, an denen der Reichstag verammelt ist und während der Vertagung der Ueberwachungs-ausschuss zu berufen ist, werden abgelehnt.

Bei der Ueberschrift und Einleitung erklärt Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wir stehen in diesem Augenblick vor einem Beschluß, wie er von solcher Tragweite und solcher Bedeutung in diesem Reichstage und meines Wissens in keinem Parlament der Welt je gewesen ist. Der einst in höchsten Tönen gepriesene Parlamentarismus, aus dem sich ein Hüllhorn von Glück und Freude über das deutsche Volk ergießen sollte (Lärm links. — Ruf: haben wir noch nie gehabt), gesteht seine Unfähigkeit ein, die ihm vom deutschen Volke anvertrauten Geschäfte selbständig weiterzuführen (Ruf bei den Sozialdemokraten: Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen!), er meldet seinen Konkurs an, er verbirgt (sein Haupt, er will verschwinden aus den Augen des deutschen Volkes. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Morituri te salutant! möchte ich rufen, aber ich fürchte, die Stunde könnte ein Lobesgruß des ganzen deutschen Volkes werden. Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß die Parteien, die die Verantwortung tragen, die Verantwortung auch reiflich übernehmen, daß sie insbesondere in der in der Verfassung vorgeschriebenen vollen Zahl anwesend sind und abstimmen.

Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit der Anwesenden des Reichstages nicht vorhanden ist, soweit die Koalition in Frage kommt. Wie werden der Koalition, welche im Begriffe ist, den Selbstmord des Parlamentarismus zu begehen, nicht helfen, die ihr fehlende Zahl zu ergänzen, wie werden bei der Abstimmung nicht im Saale anwesend sein.

Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit der Anwesenden des Reichstages nicht vorhanden ist, soweit die Koalition in Frage kommt. Wie werden der Koalition, welche im Begriffe ist, den Selbstmord des Parlamentarismus zu begehen, nicht helfen, die ihr fehlende Zahl zu ergänzen, wie werden bei der Abstimmung nicht im Saale anwesend sein.

Abg. Frölich (Komm.) behauptet, daß ein großer Teil der Kärntner Rebellen in München sei.

Abg. Ledebour (b. l. Fr.) erklärt, daß auch er der Abstimmung fernbleiben werde.

Abg. Marx (Z.): Ich komme dem Wunsche vieler Mitglieder des Hauses nach, wenn ich den Antrag stelle, die ganzen Verhandlungen nunmehr zu vertagen. (Schallendes Gelächter und lärmende Zurufe bei den Kommunisten.)

Abg. v. Graefe (Döhl.): Mitglieder hat diese Regierung sich noch nicht blamiert als in diesem Augenblick. Noch vor wenigen Minuten hat der Kanzler gewagt, das Haus bluffen zu wollen mit der Androhung der Auflösung, und nun fällt er wieder in die erbärmliche Gemohnheit der Verhandlungen zurück. (Stürmische Pfui!-Rufe bei der Mehrheit und Rufe: Schluß! Raus!)

Präsident Löbe ersucht den Redner in erregtem Tone, von dem Reichskanzler nicht in Ausdrücken zu sprechen, die dem parlamentarischen Ton nicht entsprechen.

Abg. v. Graefe verliert sich weiterzusprechen, wird jedoch durch erneute stürmische Pfui-Rufe daran gehindert und verläßt schließlich die Tribüne.

Präsident Löbe: Der Herr Abg. Schulz hat angeführt, daß er es den beschließenden Parteien anheimstellen müsse, die zum verfassungsmäßigen Beschluß erforderliche Stimmzahl zusammenzubringen. Der Antrag Marx hat offenbar keinen anderen Zweck, als diesen Versuch zu machen. — Für diesen Fall schloge ich vor, die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend vormittag 10 Uhr.

Reichskanzler Dr. Stresemann:

Abg. v. Graefe hat gesagt, mir sagen zu können, daß der Reichskanzler die Absicht gehabt hätte, das Haus zu bluffen, indem er mit der Auflösung des Reichstages gedroht hätte. Ich habe in dieser Debatte als Reichskanzler bisher nicht gesprochen. Ueber die Beschüsse darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, stehen für mich und für die Stelle, die darüber zu entscheiden hat, fest. Wann die Abstimmung über das Gesetz sein soll, das ist nicht Sache des Reichskanzlers, sondern der Parteien. Der Reichskanzler hat an diesem Antrage nicht mitgewirkt. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Marx (Z.) beantragt in Ergänzung seines ersten Antrages, den Sitzungsbeginn am Sonnabend auf 1 Uhr festzusetzen.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Sonnabendnachmittag 1 Uhr anzusetzen: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes, Abstimmung über Einleitung und Ueberschrift und Schlußabstimmung.

Schluß 3¼ Uhr.

Nebel.

Herbstbilder von Jens Cornsen.

I.

Das erste Frühlicht ist aufgestanden, in den fernem Strophen raffen ein paar Bogen durch den dunstigen Morgen. Die Parkwiese, an deren Anfang ich stehe, ist hoch hinauf umflutet von uralten Kastanien, die noch lautlos schlummern. Nur mitunter durchhustet sie ein verflogener Vogel, klickt ein Fenster, das sich aus einem unsichtbaren Haus öffnet. Allein der Nebel über der Wiese ist wach geworden, ringelt sich und gärt und versucht seinen Massen einen schwankenden Ausgang zu finden. Aber wohin sie sich wenden, branden sie gegen die tiefhängenden Kastanien, wie eine braune Rüste dämmen sie seine grauen Bogen auf allen Seiten. Er sucht noch nach Wegen, ballt sich zäher zusammen und wehft seinem klawen Strom kein Tal.

Eine graue Fläche schäumt jetzt mit klaren Uferstrichen an den Rändern der Kastanien hin. Die hellen sich, bilden Schluchten und Hänge, ein goldbrauner Morgen streift ihre Gipfel. Gleich wird das erste Licht niedersinken und der flache Dampf zerreißen und weiße Türme bauen, mit Dächern und Erkeren, wird sich heben und die grüne Weide freilegen und blauer in ihre Ufer wachsen.

II.

Es wird früh dunkel in diesen Tagen. Ueber dem alten Stadtgraben, der unter den Rotbuchen die Zeit verdämmert, ist längst der Abend aufgestiegen, hat die jungen Bäume umschlungen und die Wege am Ufer vermauert. Die Tiefe ist unsichtbar grau, die Bäume frösteln, ihre dunklen Farben sind ausgebrannt. Von der Straße klingelt mitunter eine Straßenbahn, aber alle Laute sind jumpyg weich und dumpf. Nur das Rächste ist verständlich, ein erschrockenes Lachen, der Ruf eines Burschen oder das heisere Klagen einer Krähe. Und unten vom Wasser klingt's hoch, ein unsichtbares Schälpen im Rohr, ein Rauschen oder Anschlagen einer Welle. Mitunter kommt ein Gemirr unverständlicher Laute auf wie von einer heimischen Wanderung. Ein Singen von Rabern oder ein erbittertes halblautes Streiten.

Mitunter huscht auch ein Schatten im Grau, ein Reckgen. Wieder raschelt ein Wasser, das aufspringt und im Rohr zusammenschlägt. Nur wenn von der Straße der Lichtschein der Straßenbahn vorüberdröhnt, schweigt es eine Weile, als duckte sich die Heimlichkeit im Grunde und die Unsichtbaren geböten Totenstille in der gromurrnden Tiefe.

III.

Schwer liegt der Nebel in den Straßen, das Pflaster glänzt feucht, die Erde zwischen den Steinen ist fettig schwarz. Läden prahlen mit großen Lampen ins Dunkel, aber der Nebel fängt alles Licht und trinkt es auf, sich daran zu wärmen. Die Laternen flackern ohne Wind. Sie sind wie das Herzblut Verwundener, das sie

braunrot ausströmen und das sich doch ewig ohne Ziel verstreut, dem kein Mensch Gnade gewährt und das kein Kind zu erlösen versucht. Es fliegt über die neblig bebenden Steine, über die hochgetürmten mattglänzenden Karren und wagt sich doch nicht widerzuspiegeln, nicht in den Augen der Frauen und nicht in den metallenen Schildern der Häuserfronten. Vielleicht geben die Herzen all dieser Rastlosen, die an mir vorbeiziehen, einmal in die Lichter der grauen Straßen über und werden um Gnade bitten und unerhört bleiben, wie diese Nebeltage.

Von den Dächern tropft es leise, aus ihren dunklen Rinnen kommt mitunter ein Ruf, als warteten Schatten in ihren Winkeln auf ihren Ueberlebens. Feucht steht die Straße und kaltgrau der Nebel wie der rauchende Schmutz des zerstörten Tages.

Die Hilfsschule.

In jeder größeren Volksschulklasse findet der Lehrer schon in den ersten Wochen des Schulunterrichts ein paar Schüler heraus, die aus irgendeinem Grunde nicht mitkommen und deren Zurückbleiben eine äußerst lährende Hemmung der ganzen Klasse bedeutet! Früher ließ man solche arme Wesen sitzen und sah, soweit möglich, über sie hinweg. Jetzt sammelt man sie in den Hilfsschulen und sucht ihnen da doch wenigstens die notdürftigsten Kenntnisse für ihren späteren Lebensweg zu vermitteln. Gar viele von diesen Hilfsbedürftigen haben diese Schädigung ihrer Bestesstärke einer durchgemachten Erkrankung, Gefährtenzählung, Scharlach, Diphtherie, Drüsenentzündung, englischen Krampfs zu verdanken. Auch Fall auf den Kopf kann geistige Schwäche zur Folge haben. Ein Teil der Schüler aber hat keine solche Krankheit durchgemacht, hier sieht das Uebel schon von Geburt an im Körper, ist erblich vom Vater oder der Mutter her, die an Schwachsinn, Epilepsie, Alkoholismus und ähnlichen Erbkrankheiten leiden und diese unglückliche Erbschaft auch ihren Kindern vermittelt haben. Solche armen Geschöpfe werden wohl nie ihres Lebens von Herzen froh werden, ja sie bedeuten für ihre ganze Umgebung eine hohe Gefahr; es ist bekannt, daß die meisten Verbrecher und Prostituierten aus den Kreisen des moralischen Schwachsinn und des Alkoholismus entstammen. In solchen Fällen wäre es besser, die Träger solcher volksfeindlicher Eigenschaften nicht erst schuldig werden zu lassen und sie dann abzuurteilen, sondern sie nach der amerikanischen Methode dauernd in Anstalten zu verwahren. Nur dadurch ist auch die Gewähr gegeben, daß solche Geschöpfe sich nicht wieder fortpflanzen zum Schaden des gesamten Volkes! Es müßte also die Hilfsschule ausgebaut werden zu einer rassehygienischen Forschungsanstalt; es müßten über jedes Kind umfassende Erkundungen bezüglich der ganzen Familie und der Ahnenreihe eingezogen werden und alle jene Elemente, die voraussichtlich die Zahl der Gesundheitsverbreiter, der Halbtoten, der sozialen Schädlinge vermehren würden, müßten in Anstalten gesammelt werden, wo sie ihre guten Kräfte so weit als möglich entfalten könnten, wo ihnen aber die Möglichkeit des Verbrechens und die Möglichkeit der Fortpflanzung genommen wäre! Wer solch einen Vorschlag für barbarisch, für eine lebenslängliche Freiheits-

beraubung ansieht, der möge sich fragen, ob es menschlicher ist, solche Geschöpfe zuvor zu Dieben, Verbrechern, Wörtern werden zu lassen und sie dann erst um ihrer schlechten Erbeigenschaften willen, dem Henkerbelle zu überliefern!

„Alkoholkapital und Tagespresse“. Auf meinen Artikel in Nr. 465, der aus Versehen mit Dr. med. Robert, statt mit Dr. med. Robert Marx gezeichnet wurde, bittet uns der Deutsche Brauerbund eine „Richtigstellung“ zu bringen. Diese kann dahin zusammengesetzt werden, daß meine Ausführungen, wie es am Anfang und Ende des Artikels heißt, dem sehr empfehlenswerten Buch von Kraepelin-Rünchen „Die Wirkungen der Alkoholkapital während des Weltkrieges“, kürzlich im Verlag Springer-Berlin erschienen, entnommen sind. Es wird aber unsere Leser und wohl auch den Deutschen Brauerbund interessieren, wie sich Kraepelin, der wohl über jeden Verdacht, mit dem Markismus zu liebäugeln, erhaben sein dürfte, wörtlich zu dem beanstandeten Bericht des „Abstinente Arbeiters“ äußert. „Da dieser Bericht angeblich aus einer streng vertraulichen“ Sitzung stammt, kann man natürlich nicht wissen, wie weit er zutreffend ist. Die Verantwortung dafür wird man dem „Abstinente Arbeiter“ überlassen müssen. Für denjenigen aber, der das Treiben der Abwehr kennt und die Spuren der alkoholischen Wirksamkeit in der Tagespresse (von uns gesperrt. Die Red.) verfolgt, sind die Erfahrungen derart, „als ob“ jene Mitteilungen der Wahrheit entsprächen. Sollte das zutreffen, was unbedingt anzuführen wäre, so hätten wir es mit einer schamlosen Lügenpropaganda zugunsten einer planmäßigen Volksvergiftung (von uns gesperrt. Die Red.) zu tun, die sich dreist den Behauptungen der Engländer im Weltkrieg an die Seite stellen könnte.“

Durch genaue Mitteilungen über den Ursprung dieser Ausführungen dürfte den Wünschen des Deutschen Brauerbundes nach Richtigstellung Genüge geleistet sein.

Der Männerchor „Fichte-Georgina“ (Mitglied des DVB.) unter Leitung seines Chorleiters W. Knöschel, hatte für sein Konzert in der Hochschule für Musik ein recht nettes Programm zusammengestellt, in dem namentlich alte Volksweisen in ansprechender Form eine liebevolle Wiedergabe fanden. Ein „Landsknechtliedchen“ von Orlando di Lasso (16. Jahrhundert) in der Bearbeitung von C. Hirsch; „Frühlingsreigen“ (aus derselben Zeit) von Kirck bearbeitet u. a. m. wirkten durch seine Abtönung. Ein „Ständchen“ von C. F. Adom mit einem stimmlich sehr guten Soloquartett war ein Kabinettstückchen reizender Lieblichkeit. „Sturm-erwachen“ von M. Neumann wirkte durch seine starken dynamischen Gegensätze. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Baritonisten Armster sang Opernsänger Sapper ebenfalls andere als im Programm verzeichnete Lieder und schließlich Ballade „Jung Dietrich“ unter verdientem Beifall des Publikums.

Hilfsaktion für notleidende Schriftsteller. Nach einer Mitteilung des Wiener Journalistenvereins „Concordia“ wurde von ihm bereits vor einiger Zeit eine Hilfsaktion für notleidende deutsche Schriftsteller eingeleitet, für die namhafte Beträge gesammelt sind. Die Wirksamkeit eines Berliner Hilfskomitees soll eine gerechte und sachgemäße Verteilung der Spenden veranlassen.

Verlängerung der Markenbrotversorgung.

Bei einer Parteivertreterbesprechung im Ernährungsministerium wurde von der Regierung die Mitteilung gemacht, daß man beabsichtige, die am 15. Oktober in Aussicht genommene Verbilligung des Brotes für Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Armengeldempfänger, Kleinrentner und Erwerbslose erheblich einzuschränken. Unter anderem sollten nur die kinderreichen Familien unter gewissen Voraussetzungen verbilligtes Brot erhalten; für die übrigen Bedürftigen und Rentner war dagegen ein Ausgleich bei den Rentenbezügen geplant. Staatssekretär Henrici erklärte, und wurde darin auch von dem Vertreter des Arbeitsministeriums unterstützt, daß ein Teil der für diese Brotverbilligung eingegangenen Mittel zur Rinderspeisung und zur Verbilligung von Milch verwandt werden sollte, da etatsmäßige Mittel für diese Zwecke nicht mehr verfügbar seien. Außerdem komme in Betracht, daß von der ersten Hälfte der Brotabgabe, die im August eingezogen wurde, nur ein nicht wertbeizählig angelegter Betrag von 2,7 Millionen vorhanden sei. Genosse Krähig wandte sich entschieden gegen diesen Plan. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, fanden auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion am Donnerstag erneut Besprechungen mit den Koalitionsparteien statt, in denen die Bedenken der Sozialdemokraten anerkannt wurden. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde folgender Antrag vereinbart:

„Da vom 15. Oktober 1923 ab die Brotversorgung mit Brotarten aufhört und angesichts des in den letzten Tagen eingetretenen Mährungsnotfalls die Gefahr besteht, daß die Brotversorgung eines großen Teiles des Volkes auf außerordentliche, die innere Ruhe und Ordnung gefährdende Schwierigkeiten stößt, fordert der Reichstag die Reichsregierung auf, bis zur Festigung der Währung die Brotversorgung zu erschwinglichen Preisen zu sichern und zwar zunächst durch Fortführung der gegenwärtigen Markenbrotversorgung bis Ende des Monats.“

Durch diesen Antrag ist zunächst die unmittelbare Gefahr, die mit dem Ende der Markenbrotversorgung am 15. Oktober verknüpft ist, gemildert.

Kommunistische Einheitsapostel.

Im Abendblatt gaben wir Kenntnis von den Versuchen, die auf Anregung des Hamburger Ortsauschusses des ADGB, und des dortigen Vollzuges der Betriebsräte unternommen worden sind, um eine Annäherung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu erzielen. Der gewerkschaftliche Ortsauschuss hat auch eine Reihe von Punkten als Entwurf eines Einigungsprogramms für Hamburg aufgestellt, über die am Freitag endgültig verhandelt werden soll. Der letzte dieser Punkte sieht vor, daß die Parteien „unter Wahrung der parteipolitischen Grundzüge den Auseinandersetzungen in Presse und Versammlungen freundschaftliche Form zu geben“ hätten.

Wir haben schon bemerkt, daß ein Zusammenschluß der einzelnen Parteien möglicherweise erfolgen könne, „wenn alle Teilnehmer sich auf den Boden der proletarischen Solidarität und der kameradschaftlichen Unterordnung unter gemeinsam gefasste Beschlüsse stellen“. Wie wenig das aber bei den Kommunisten vorauszusehen ist, haben bisher alle Verhandlungen bewiesen, die genoral oder örtlich mit ihnen geführt wurden. Auch in Hamburg trifft das zu. In der gleichen Nummer des Hamburger Kommunistenblattes, in der der gemeinsame Aufruf der Gewerkschaften und der drei Parteien zu lesen stand, wurde gewissermaßen als Begleitmusik der Vereinigten Sozialdemokratie der Marsch geblasen.

„Auch in Hamburg hat sich die Politik der Instanzen geradezu zu einer Tragödie ausgewachsen, trotz der starken Arbeitermehrheit, die wir haben. . . . Darum ist es endlich an der Zeit, daß auch die Hamburger Arbeiterschaft von ihrem Recht und von ihrer Macht Gebrauch macht, und an Stelle dieses Senats, der für die Arbeiterschaft nichts, aber für die Bürgerlichen alles war, einen Arbeiterparlament setzt, der bewußt Arbeiterpolitik gegen die Bürgerlichen und die Unternehmer treibt. . . .“

„In anderer Stelle der gleichen Ausgabe heißt es: „Und deshalb sagen wir Kommunisten: Zum Teufel mit dieser Demokratie, es gibt nur einen Weg zur Rettung, jenen Weg, den Russland ging. Dieser Weg aus Not und Verfall geht nur über den Bürgerkrieg, geht nur über die Diktatur, geht nur über den Terror.“

Für solche Theorien wollen die kommunistischen „Instanzen“ die sozialdemokratischen Arbeiter einfangen, nachdem sie vorher über die „Instanzenpolitik“ gehöhnt haben! Daß kein Sozialdemokrat sich für diese boschewistischen Einigungsparolen begeistern kann, braucht nicht besonders betont zu werden. Aber das kommunistische Organ legt es geradezu darauf an, schon am Dienstag die am Montag getroffenen Abmachungen über den Hausen zu werfen, hatte die gemeinsame Kundgebung der Parteien und Gewerkschaften aufgefördert, „für die Ausbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen“, so führt das Hamburger Kommunistenblatt diesen Aufruf in folgender Form aus:

Einst Warum wurde einst das „Hamburger Echo“ von den Behörden verkleumt und verfolgt? Weil es die Interessen der Werktätigen vertret!	und Warum wird heute die „Hamburger Volkszeitung“ unterdrückt? Weil sie das proletarische Banner aufnahm, das das „Echo“ fallen ließ!
--	--

Lies die „Hamburger Volkszeitung“.

Burschen, die sich heute an den Verhandlungstisch setzen und eine „Verständigung“ mit anderen Parteien anzustreben vorläusen, morgen aber diese selben Parteien in so bössartiger Weise verleumden, sind wirklich nicht wert, daß man ihretwegen auch nur einen Verhandlungstag opfert.

Auch der Hamburger Ortsauschuss des ADGB, hat die Treuepflicht der Kommunisten alsbald feststellen müssen. Er veröffentlicht in der Mittwochsausgabe des „Hamburger Echo“ folgende Erklärung:

„Nachdem soeben mit Genugtuung festgestellt werden konnte, daß die WSPD, SPD, und USPD, mit einem einstimmig gefassten Beschlusse, der den Weg zur Gemeinschaftsarbeit eröffnen soll, an die Arbeitnehmer herantreten, steht in den Betrieben von Anhängern der SPD, eine neue Teilerei ein. Man versucht Deputationen einzuschicken, die den Ortsauschuss im Sinne der SPD, beeinflussen sollen, man versucht Betriebsaktionen in die Wege zu setzen, um die Betriebs-Betriebsräte zum „Loschlagen“ zu veranlassen. Wir erziehen hiermit öffentlich diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die mit dem Ortsauschuss wirkliche Verständigung wollen, diesen indirekten Feinden einer Einheitsfront mit Nachdruck entgegenzutreten. Christliches Spiel auf allen Seiten, auch bei den Mitgliedern der SPD, wenn die aufrichtigen Bemühungen des Ortsauschusses nicht absichtlich — zum Schaden der Arbeiterklasse — ergebnislos sein sollen.“

Der Ortsauschuss des ADGB, wird bei den Kommunisten noch manche Treuepflicht erleben, wenn er sich ernsthaft vorgestellt hat, mit ihnen gemeinsam eine Arbeiterpolitik treiben zu können. So sehr wir es begrüßen würden, wenn die ehrlichen kommunistischen Arbeiter, die aus der alten Sozialdemokratie kommen, und sicher

einmal wieder den Weg zu ihr zurückfinden werden, recht bald zur Einsicht kommen, so sehr müssen wir warnen vor Versuchen, mit der gegenwärtigen Leitung der SPD, irgendwelche Bindungen einzugehen. Jeder solcher Versuch führt zu neuen Enttäuschungen und schädigt das Vertrauen, das unsere Partei in der Arbeiterwelt genießt.

Auch in Berlin wurde wieder der Versuch gemacht, unsere Parteigenossen irrezuführen. In verschiedenen unserer Abteilungsversammlungen wurde am Mittwoch mitgeteilt, daß die örtlichen Organisationen der SPD, an die Abteilungsleiter herangezogen seien mit dem Wunsche, Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen einzuleiten. Dabei wurde von kommunistischer Seite behauptet, es seien auch zentrale Verhandlungen zwischen den Parteien im Gange. Diese Behauptung ist falsch und Verhandlungen der lokalen Organisationen über die Zentrale hinaus sind unstatthaft.

Hamburg, 11. Oktober. (WLB.) Unter Bezugnahme auf die Verständigungsbestrebungen der WSPD, USPD, und SPD, in Hamburg erklärt Vorstand und Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei in einem Schreiben an den Vorstand der WSPD, daß die Demokraten ein Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnen müssen und gleichzeitig um eine Mitteilung ersuchten, ob die Sozialdemokraten die gegenwärtige Regierungskoalition in Hamburg aufrechterhalten wollen.

Das Programm der Vaterländischen.

Wehrhaftmachung gegen den inneren Feind.

München, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) An amtlicher bayerischer Stelle wird versichert, daß Herr v. Kahr seine Macht als Generalkommissar in nächster Zeit hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet zur Geltung bringen will. Er ist sich dabei offenbar bewußt geworden, daß Erfolge in dieser Richtung unendlich viel schwerer zu erreichen sein werden als seine bisherigen Errungenschaften auf politischem Gebiet, auch wenn man ihm zugestehen muß, daß sein Erfolg gegen Hitler, herbeigeführt durch die Spaltung des „Kampfbundes“, gewiß keine leichte Sache war. In einer offiziellen Verlautbarung des Generalkommissariats steht zwischen den Zeilen geschrieben, daß Herr v. Kahr seine Regentenschaft auf lange Sicht eingerichtet hat, da er sich bewußt ist, seine Aufgabe nicht in wenigen Monaten erfüllen zu können. Das geht auch aus einer soeben erlassenen Rundgebung der Vaterländischen Verbände hervor, die Herrn v. Kahr im eigentlichen Sinne des Wortes auf den Schild erhoben haben und die als die Nebenregierung in Bayern sehr wohl über die Absichten und Ziele des Kahr-Kurses unterrichtet sind. In dieser Rundgebung sieht man daher mit Interesse, daß die Vaterländischen sich deswegen hinter Kahr gestellt haben, weil er programmatisch ein Rechtsregiment und eine gegen links gerichtete nationale Diktatur ausgerichtet habe. Offen ausgesprochen wird dann, daß das letzte Ziel dieser Diktatur sein muß: die Abhängigkeit des Generalkommissars vom Ministerrat, d. h. von der verfassungsmäßigen Regierung zu beseitigen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, und zwar durch die „positive Mitarbeit der Vaterländischen Verbände“, ist die Diktatur eine vollständige. Wie dieses Programm gelöst werden soll, ist heute noch nicht klar zu erkennen. Da aber die Vaterländischen heute wieder erneut und in aller Form den Rücktritt der Minister Schwyer und Wühlhofer und „Inflingtreue Kandidaten“ fordern, so ist kaum zweifelhaft, wodurch dann das Kunststück vollbracht werden soll. Vorauszusehen ist auch, daß es nach dem Zusammenritt des bayerischen Landtages Ende dieses Monats zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Parlament, Staatsregierung und Generalkommissar kommen wird. Das wäre dann die von der bayerischen Reaktion schon längst ersehnte Gelegenheit zu einem Generalangriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Volksvertretung. „Vaterländisch“ nennt man heute schon „Umgehung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Form“. Wenn auf diese Weise dann die Regentenschaft Kahrs und der Vaterländischen Verbände einigermaßen verankert ist, werden die weitergehenden nationalen Ziele von Bayern aus in Angriff genommen: Gesundung des übrigen deutschen Volkes. Dazu ist in erster Linie notwendig die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, und zwar in einem Tempo, das ungewappnet nicht nur gegen den äußeren Bedrücker, sondern auch gegen den im Rücken unseres inneren Vaterlandes drückenden inneren Feind“. Es ist wohl am Platze, daß man in ganz Deutschland dieses bayerische Programm mit Aufmerksamkeit verfolgt, nachdem die Abwicklung des ersten Teils dieses Programms in Bayern zurzeit in sogenannten gefehrmäßigen Bahnen durchgeführt wird.

München, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) An der Abberufung bzw. Verlegung des Kommandeurs des bayerischen Reichswehrkontingents, des Generals Lassow, ist nach einer Mitteilung von zuständiger Seite nicht mehr zu zweifeln. Ueber diesen Entschluß des Reichswehrministers ist die bayerische Regierung außerordentlich ungehalten, nicht zuletzt auch wegen der Form, in der sie von der Abberufung Lassows Kenntnis erhalten hat. Sie wird deshalb durch ihren Gesandten in Berlin Vorstellungen erheben und förmlich Protest einlegen.

Ehrhardt in Bayern?

Das „Berliner Tageblatt“ zitierte gestern aus dem „Bamberger Tageblatt“ vom 9. Oktober folgende Zeilen, die im Anschluß an einen „Deutschen Tag“ geschrieben wurden:

„Das Gerücht, daß auch Ehrhardt am „Deutschen Tag“ in Bamberg anwesend war, bestärkt sich nicht, da dieser wohl kein Erscheinen zugesagt, in letzter Stunde aber verhindert worden war. Der vielgeschmähte tapfere Basiliskum hat nun endlich in Bayern eine Freistadt bekommen.“

Die beiden letzten Zeilen der Notiz sind vom „Bamberger Tageblatt“ durch Fettdruck hervorgehoben. Man darf annehmen, daß der Staatsgerichtshof sofort die nötigen Maßnahmen treffen wird, um Ehrhardts Bahhalt zu werden, trotzdem WLB aus München zu melden weiß, daß an dortigen amtlichen Stellen nichts vom Aufenthalt Ehrhardts in Bayern bekannt sei. Diese amtlichen Stellen wußten ja auch dordem nichts, bis der Reichsgerichtsrat Weg den Eichmann-Schwabe verhaftete.

Nationalsozialisten belagern Thüringen.

Das Heerlager an der Saalebrücke.

Von einem keineswegs mehr eigenartiger Vorstoß der bayerischen Nationalsozialisten gegen Thüringen berichtet eine Meldung, die dem „A.L.“ aus Weimar zugegangen ist. Danach haben in Hirschberg an der Saale Hausaufstellungen bei einigen Thüringischen Nationalsozialisten deren Verhaftung zur Folge gehabt, weil sie erklärten, sie seien bereit, auf Befehl ihrer Führer mit den Waffen in der Hand gegen die thüringische Regierung zu kämpfen.

Am Mittwoch nachmittags lief in Thüringen die Mitteilung ein, daß eine Anzahl Nationalsozialisten von Hof aus nach Hirschberg unterwegs sei, um für ihre in Hirschberg verhafteten Mitglieder Rache zu nehmen. Gegen 8 Uhr nach-

mittags trafen auch tatsächlich drei Karawagen mit bayerischen Nationalsozialisten drei Kilometer südlich von Hirschberg bei Sammitz ein, während der Haupttrupp als „Wachtkommando“ zurückblieb und nachts ein Lager bei Sammitz aufschlug. Durch sechs Mann wurde das Südufer der Saalebrücke bei Hirschberg besetzt. Die Nationalsozialisten führten acht schwere Maschinengewehre und einen Mörser mit sich. Ein inzwischen aus Gera eingetroffenes Kommando der thüringischen Landespolizei in Stärke von 24 Mann hielt sich etwa 50 Meter von der Brücke entfernt auf thüringischem Boden auf, um den Uebertritt des Trupps auf thüringischen Boden zu verhindern. Da angesichts der schweren Bewaffnung der Nationalsozialisten ernstere Verhandlungen zu befürchten waren, wurde die Gemeindeführer in Hirschberg alarmiert. Ihr Einschlag war aber nicht erforderlich. Während der Nacht wurden auf bayerischer Seite Schußtugeln abgeschossen.

Die thüringische Landespolizei stellte fest, daß die Nationalsozialisten durch bayerische Schutzpolizei abgelöst waren, die nunmehr die Grenze besetzt hielt.

Durch den Führer des thüringischen Volkshilfskommandos wurde mit der bayerischen Schutzpolizei verhandelt, die ihrerseits einen Abgesandten nach Hof zur Einholung von Instruktionen sandte. Inzwischen waren die Nationalsozialisten hinter Sammitz zurückgezogen worden. Vereinbarungsgemäß rückten sowohl die bayerische Schutzpolizei als auch die thüringische Polizei ab. Zurzeit herrscht bei den Hirschberger Arbeitern eine große Beunruhigung, und sie verlangen in einer Protestversammlung die sofortige Entfernung der thüringischen Hitler-Leute aus den Betrieben.

Daß die Nationalsozialisten mit schweren Maschinengewehren spazieren fahren, sieht der bayerische Diktator nicht. Er findet nur die Notwehrwaffen in der „Münchener Post“. Es ist eben eine verkäufte Republik, dieses Bayern!

Arbeitsplan des sächsischen Landtags.

Dresden, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag wurde heute kurz nach 1 Uhr eröffnet. Abg. Winkler (Soz.) teilte mit, daß der Landtagsvorsitzende vorgeschlagen, heute von einer politischen Aussprache abzusehen und die Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung „Entgegennahme einer Regierungserklärung“ zu vertagen. Die Rechte begleitete diese Worte unter starker Unruhe des Hauses mit höhnischem Gelächter und Zurufen: „Ist er dann auch bestimmt da?“ — Der Präsident teilte weiter mit, daß morgen nur die Entgegennahme der Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt und die Aussprache über die Regierungserklärung erst am Dienstag erfolgen soll. Die Vertagung sei erforderlich, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Unter erneuerten höhnischen Gelächter und höhnischen Brauorufen der Rechten erklärte der Präsident die Sitzung für vertagt. Erregt rief der kommunistische Abgeordnete Brand der Rechten zu: „Ihr werdet bald nicht mehr Bravo rufen!“ Unter allgemeiner Bewegung wurde daraufhin der Saal geleert. Der Grund der Landtagsvertagung liegt darin, daß Ministerpräsident Zeigner nicht, wie erwartet, vormittags, sondern erst nachmittags aus Berlin in Dresden eintrifft.

Dresden, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung, daß die Ernennung des Abg. Genossen Schmidt zum Zivilkommissar für den Freistaat Sachsen bevorstehe, wird von amtlicher Seite nicht bestätigt.

Finanzfragen im Landtag.

Der Landtag verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf, durch den der Finanzminister über den 1. Oktober 1923 hinaus bis auf weiteres ermächtigt wird, den Ausgleichszuschlag, den Berodnungszuschlag sowie die Frauenbeihilfe für unmittelbare Staatsbeamte zu erhöhen, und tritt darauf in die zweite Beratung des Finanzausgleichsgesetzes. Das Gesetz soll den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden neu regeln und damit vor allem der Not der Gemeinden abhelfen.

Abg. Dr. v. Kies (Dnat.) bezeichnet die Arbeit des Ausschusses als nicht restlos befriedigend.

Abg. Haas (Soz.): Um eine Gesundung der Finanzen zu erreichen, muß vor allem bei den Steuern viel fester zugegriffen werden. Auch die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern muß endlich kommen, und zwar unter rücksichtsloser Wahrung der Staatsinteressen. Eine organische Neuordnung der Finanzen von Reich und Ländern muß angebahnt werden. Eine Neuerteilung der Steuerquellen muß die bisherige Zuschuhwirtschaft des Reichs beseitigen.

Abg. v. Gerner (D. Sp.): Die Entschlieung, die von sozialdemokratischer Seite beantragt ist und neue Gesichtspunkte enthält, wird zweckmäßig der Ausschussberatung zu überweisen sein. Ueber die schließlich von dem Antrag vertriebene Auseinandersetzung über das Hohenzollernvermögen wird man sich im Ausschuss näher zu unterhalten haben. Die Auseinandersetzung darüber ist eine Rechtsfrage, die nur durch ein Reichsgesetz entschieden werden kann. Wir können also dieser Entschlieung nicht zustimmen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Drewitz (Wirtschaftsp.), Coennach (Z.), Kahl (Komm.) und Dr. Höpfer-Wschoff (Dem.) werden die deutschnationalen Anträge auf bessere Dotation Dispreußens abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, wonach bei der Berechnung der Besoldungszuschüsse vom 1. Januar bis 31. März 1924 von der Gesamtsumme der Zuschüsse ein Fünftel, vom 1. April ab zwei Fünftel abgezogen werden. Im übrigen wird die Vorlage auch in dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Der Entschlieungsantrag der Sozialdemokraten wird dem Hauptausschuss überwiesen.

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Abgaben über die Wegebenutzung (Wegeabgabengesetz) beantragt Abg. v. Winterfeld (Dnat.) Verweigerung an den landwirtschaftlichen Ausschuss. Dafür sprechen auch die Abgg. Schmelzer (Z.) und Meyer-Bülkau (Deutsch-Hann.). Die Vorlage geht an den verstärkten Landwirtschaftsausschuss.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Anträge über Arbeitsbeschaffung, produktive Erwerbslosenfürsorge, Lebensmittelversorgung der Großstädte usw.).

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Die eigenmächtige Verordnung zurückgenommen.

Am Donnerstag beschäftigte sich eine Konferenz der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaues mit der eigenmächtigen Schlichterverfängerung durch die Werksbesitzer. Die Ruhrbergarbeitervereine waren durch sämtliche Gewerkschaften vertreten, während vom Bergbaulichen Verein u. a. die Herren Wieskott, v. Belsen und Knöpper anwesend waren. Die Vertreter des Bergbaulichen Vereins erklärten, daß die Verordnungen über den verlängerten Arbeitstag überall zurückgenommen worden sind. Ueber die einzuschlagenden Wege, die Produktion zu steigern, sollen in der kommenden Woche neue Verhandlungen beginnen. Am Donnerstagnachmittags begannen die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Die „Deutsche Zeitung“ ist vom Oberbefehlshaber Dr. Gehler erneut bis auf weiteres verboten worden.

Dollar in New York: Fünf Milliarden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aktion der Gewerkschaften.

Vom ADGB wird uns mitgeteilt: Die Bundesvorstände des ADGB, des KFD-Bundes und des ADP haben in den letzten Tagen zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen. Die drei Spitzenorganisationen halten es für die Pflicht der Gewerkschaften, dem kombinierten Angriff der Schwerindustrie und der Rechtsputzschiffen gegen die Grundrechte der Arbeiterschaft mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Ueberstürztes Handeln wäre Vergeudung der Kraft. Wie in dem Aufruf der vergangenen Woche ausgeführt wurde, erfordert der Ernst der Stunde kraftvolles und besonnenes Handeln, um für die Bewältigung der besonderen Schwierigkeiten der jetzigen Lage die notwendige Beweglichkeit zu gewährleisten. Ein Aktionsausschuss aus wenigen Mitgliedern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ist gebildet worden. Diesem Aktionsausschuss müssen die angeschlossenen Gewerkschaften weitgehende Handlungsfreiheit übertragen. Die Bundesvorstände haben daher für die nächste Woche die Bundesausschüsse der drei Spitzenorganisationen zu einer gemeinsamen Tagung einberufen, um dem Aktionsausschuss die notwendigen Vollmachten zu geben und die Einheitsfront des Vorgehens zu sichern, das nie so notwendig war wie in der gegenwärtigen Situation.

Die Krise in der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Die Frage des Weiterbestehens der Zentralarbeitsgemeinschaft ist in ein altes Stadium getreten. Wie wir erfahren, befassten sich auch die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften mit der Frage des Weiterbestehens in der Zentralarbeitsgemeinschaft. Eine Beschlußfassung wird in den nächsten Tagen erfolgen, und zwar voraussichtlich einheitlich sowohl für den ADGB, wie für den KFD-Bund.

Die neuen Reichsbezüge.

In der Besprechung zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Beamten- und Reichsarbeiterlöhne wurde die Lohnindefinitheit für die Reichsarbeiter auf 220 000 festgesetzt. Für die Beamten beträgt sie 35 000. Diese Regelung bedeutet praktisch eine Erhöhung der für das zweite Oktoberviertel gezahlten Gehälter bzw. Löhne um das Dreifache. Diese Ermäßigungen bedürfen noch der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags.

Lohnregelung im Berggewerbe.

Durch die Tarifkommission der an dem Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sind für das Berliner Hoch- und Betonbauergewerbe für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober folgende Löhne vereinbart worden: Maurer, Zementfacharbeiter, Einschlagler, Stein- und Kalkträger 102 Millionen Mark pro Stunde; für Kalkschläger, Wasserträger, Rührer und Zementarbeiter 99 Millionen; für gelbe Bauarbeiter 97 Millionen, Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 96 800 000, händige Bauarbeiter 95 Millionen, Maschinenisten 1. Klasse 108 Millionen, desgleichen 2. Klasse 102 Millionen, 3. Klasse und Borarbeiter 98 Millionen. Schlosser, Schmiede, Monteur 102 Millionen, Einsteiger und Rohrleger 101 Millionen, Hilfsmonteur, Hilfschlosser, Bergleier, Berstrierer, Ofenmacher 97 Millionen, Wäcker für sieben Schichten zu je acht Stunden 4 036 000 000, Erbsenwäcker pro Stunde 92 Millionen, für Schachtmeister 5 495 000 000, für Bahner 5 515 000 000. Die Werkzeugenschädlung beträgt pro Stunde für Facharbeiter 765 000 Mark. Am Freitag, den 19. Oktober, gelangt ein Vorschlag von 3 1/2 Milliarden Mark zur Auszahlung. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechend geringeren Vorschlag.

Für Zimmerer wurde von den Tarifpartnern für das Lohngebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Bietzen, Oranienburg und Königs-waldenhausen der neue Lohn für die Lohnwoche vom 6. bis 12. Oktober wie folgt verordnet: Der Stundenlohn für Zimmerer beträgt für diese Zeit 102 Millionen Mark, die Werkzeugenschädlung 1 530 000 Mark pro Stunde. Der Lohn für Polierer beträgt für diese Woche 5 515 000 000 Mark. Für Ueberstunden 151 000 000 Mark, für

Nacht- und Sonntagsarbeit 180 000 000 Mark. Die Sechrtagsentschädigung ist wie folgt festgelegt:

	Gruppe A	Berzeugung-entschädigung	Gruppe B	Berzeugung-entschädigung
Im 1. Bezahljahre	10 800 000	153 000	15 800 000	229 500
2.	15 800 000	229 500	20 400 000	306 000
3.	20 400 000	306 000	25 000 000	382 500
4.	25 000 000	382 500	30 000 000	459 000
5.	30 000 000	459 000	35 000 000	535 500
6.	35 000 000	535 500	40 000 000	612 000
7.	40 000 000	612 000	45 000 000	688 500
8.	45 000 000	688 500	50 000 000	765 000

Am Freitag, den 19. Oktober, ist an Kollaborierer ein Vorschlag von 3 1/2 Milliarden und an Kurzarbeiter 1/2 der Summe zu zahlen. Auch Sechrtage erhalten einen ihrem Lohne entsprechenden Vorschlag.

Neue Löhne in der Schuhindustrie.

Vom 8. bis 13. Oktober beträgt der Zuschlag zum Grundlohn in der Schuhindustrie 425 866 800 Mark, und 22 686 234 Mark pro Stunde für Arbeiter im Betriebe; Zuschlag für Heimarbeitler 528 486 800 Mark. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 21 Jahre: männl. 90 744 806 Mark, weibl. 68 058 672 Mark.

Maschinenmacher: Vom 8. bis 13. Oktober Mindeststundenlohn: männl. und als Akkordlohn für neue Arbeiten 81 818 000 Mark, weibl. und als Akkordlohn für Reparaturen 77 727 100 Mark.

Schäufelmacher: Vom 8. bis 13. Oktober Mindeststundenlohn: männl. 81 818 000 Mark, weibl. 65 454 400 Mark.

Schuh- und Reparaturbranche: Vom 15. bis 20. Oktober Mindeststundenlohn: männl. und als Akkordlohn für neue Arbeiten 76 750 000 Mark, weibl. und als Akkordlohn für Reparaturen 75 210 000 Mark. Für orthopädische und mechanische Betriebe 10 Proz. Zuschlag.

Lohnregelung in der Holzindustrie. Bei einer am gestrigen Donnerstag abends stattgefundenen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium erklärten sich die Arbeitgeber bereit, für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober die Löhne des damals gefällten Schiedsspruchs zur Auszahlung zu bringen. Es betrug dieser 87 1/2 Proz. für erwachsene Facharbeiter abgerundet auf 32 Millionen Mark. Für die letztlaufende Lohnwoche vom 7. Oktober bis 13. Oktober wurde nach längerer Verhandlung ein Zuschlag von weiteren 120 Proz. vereinbart, so daß der Durchschnittslohn für erwachsene Facharbeiter 70 366 000 Mark beträgt. Dieser Berechnung stimmten beide Parteien sofort zu, so daß dieser Lohn als Tariflohn zu betrachten ist.

Die Stundenlöhne für die Berliner Landschaftsgärtner betragen ab 8. bis einschl. 14. Oktober:

	unter 30 J.	über 30 J.
Gärtner im 1. Jahr der Branntfähigkeit	89 Mill. Mark	95 Mill. Mark
Gärtner nach 1 jähriger	95	100
Obergärtner und Anlagenleiter	102	102
Arbeiter	87	95
Frauen	61	61
Die Landzulage beträgt pro Tag	80,1	80,1

Steindruck, Lithographie, Photo-graphie, Kunstdruck. Vom 6. bis 12. Oktober: Im ersten Gehilfenjahre Zulage 715 400 000 Mark, Lohn 1 788 500 000 Mark; bis 21 Jahre 817 600 000 bzw. 2 044 000 000 Mark; von 21 bis 24 Jahre 992 800 000 bzw. 2 299 500 000 Mark; über 24 Jahre 1 022 000 000 bzw. 2 555 000 000 Mark. Bezahlungen: im ersten Bezahljahre 161 000 000 Mark, im zweiten Bezahljahre 204 400 000 Mark, im dritten Bezahljahre 252 900 000 Mark, im vierten Bezahljahre 306 600 000 Mark.

Chemigraphie, Kupfer-, Tief- und Lichtdruck. Gehilfen im ersten Jahr 1750 Millionen Mark, bis 21 Jahre 2000 Millionen Mark, von 21 bis 24 Jahre 2250 Millionen Mark, über 24 Jahre 2500 Millionen Mark. Weiter erhalten die Gehilfen für den Wegfall der Wochenspausen als Entschädigung eine Lohnstunde (Hochlohn bi-diert durch 48). Bezahlungen: im ersten Bezahljahre 160 Millionen Mark, im zweiten Bezahljahre 200 Millionen Mark, im dritten Bezahljahre 250 Millionen Mark, im vierten Bezahljahre 300 Millionen Mark.

Der Schiedsspruch im Tapezierergewerbe sieht folgende Höhe vor: Für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 30 Millionen, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 31,1 Millionen. Die Löhne der anderen Gruppen erhöhen sich in demselben prozentualen Verhältnis.

Der Lohn der Treibriemenarbeiter beträgt für die Woche vom 8. bis 13. Oktober 90 Millionen in der Stunde.

Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser. Bis spätestens Sonnabend erfolgt eine Vorkaufszahlung von drei Milliarden für selbstständige Facharbeiter; für die Jugendlichen prozentual niedriger.

Für die kaufmännischen Angestellten im Textil-Großhandel, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoff-Großhandel, Samt- und Seiden-

Großhandel. Eine Verständigung mit den Arbeitgebern über die Höhe der Vorkaufszahlungen konnte nicht erzielt werden. Es wurde uns nach stundenlangen Verhandlungen zugemutet, für die ersten zwei Wochen mit 24 September-Gehältern fest abzuschließen. Da wir dieses Angebot selbstverständlich ablehnen mußten, beschloßen die Arbeitgeber, zwei September-Gehälter sofort zur Auszahlung zu bringen. Darauf werden die bereits gezahlten 40 Proz. angerechnet. — Für die Gruppe Damenwäsche und Schürzen, konfektionierte Weißwaren und Tapisserteil kommt in dieser Woche der Index in Höhe von 170 Proz. als Zuschlag zur Auszahlung.

Für die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe ist vereinbart worden, daß für die zweite Oktoberwoche vier September-Gehälter zur Auszahlung kommen.

Für die kaufmännischen Angestellten im Buchdruckgewerbe ist vereinbart worden, daß für die zweite Oktoberwoche vier September-Gehälter gezahlt werden.

Die Angestellten im Papier- und Pappengroßhandel erhalten für die zweite Oktoberwoche als Vorschlag vier September-Gehälter.

Für die kaufmännischen Angestellten im Hotel- und Gastwirtsgewerbe ist vereinbart worden, daß am 12. Oktober 2 1/2 September-Gehälter unter Abzug der bereits gezahlten Vorschüsse gezahlt werden.

Für die kaufmännischen Angestellten der Getränkeindustrie werden für die zweite Woche des Oktober zwei September-Gehälter à conto gezahlt.

Für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel sind die Verhandlungen für die zweite Woche gescheitert, weil die Arbeitgeber die Forderung des 30. Proz. Bezahlung nach Grundgehältern plus Index, abgelehnt haben. Ende dieser Woche wird eine weitere von den Arbeitgebern einseitig festgesetzte Abzahlung erfolgen. Der Schlichtungsausschuss ist angerufen.

Für die kaufmännischen Angestellten der Briefmarkenumschlagbranche werden für die zweite Oktoberwoche 2 1/2 September-Gehälter zur Auszahlung gebracht.

Die Streikbewegung in Polnisch-Oberschlesien ist zum Generalstreik angewachsen. Im Laufe des gestrigen Vormittags stellten die Staatsbetriebe wie Post, Telegraph und Eisenbahn den Dienst ein. Infolge Unterbrechung jeglicher Verbindung ist näheres über die Bewegung und ihre Ausdehnung auf das übrige Polen nicht zu erfahren. — In Katowice hat sich der Ausstand auf alle Gruben, Hütten und andere Industriegebiete ausgedehnt. Nur auf vereinzelten Werken arbeitet noch ein geringer Teil der Belegschaften. Seit vorgestern nachmittag sind mehrere Vertreter der Warschauer Regierung in Katowice anwesend, unter deren Leitung und Vermittlung gestern nachmittag neue Verhandlungen begonnen wurden. Polnisches Militär erzwang auf dem Elektrizitätswerk Chorzow, von dem aus der größte Teil Polnisch-Oberschlesiens mit Strom versorgt wird, die Wiederaufnahme des Betriebes. In Katowice und Königs-hütte sammeln sich die Arbeiter auf den Straßen. Die Lage sieht ziemlich bedrohlich aus. Die Erregung wächst besonders infolge des Steigens der Lebensmittelpreise und der Knappheit an Mehl und Brot. Die Postzeitung ist auf 9 Uhr festgesetzt.

Ausgewanderte! Die für heute angelegte Arbeiterverammlung aus wegen der am gestrigen Tage abends 7 Uhr im „Nordischen Hof“ stattgefundenen, kurzfristigen Streik-Funktionärverammlung, abgebrochen. Der Streikangriff der Unternehmungen und die notwendige Abwehr durch die Gewerkschaften. Die Kollegen haben diese Verammlung zu beenden. Die Fund der technischen Angestellten und Beamten.

Wahlung. Zimmerarbeiter des Hoch-, Beton- und Eisenbauergewerbes, welche im Zentralverband der Zimmerer organisiert sind: Dienstadt abends 7 Uhr. Im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, wichtige Arbeiterverammlung. Die Teilnehmerzahl und Vertrauensleute werden erücht, die Polizei darauf aufmerksam zu machen.

Deutscher Arbeiterverband. Entsprechend den gestrigen Lohnschiedsschlüssen kommen in dieser Woche (21. Bezahlungswoche) folgende Beiträge im Betracht (ein Stundenlohn gleich einem Bezahltag): In Millionen Mark: 70, 60, 40, 30, 20, 15, 10, 5, 2, 1, 0,5, 0,2, 0,1, 0,05, 0,02, 0,01.

Sonntagvormittag, 9 1/2 Uhr, bei Herrn, Gubenstr. 19, Vertrauens-männerverammlung der Lithographen. Arbeitslohn bei unorganisierter Kollegen, die Interesse an der Verammlung haben, können davon teilhaben.

Verband der Lithographen und Steindruck. Der Verbandsozialbeitrag für die Woche vom 6. bis 12. Oktober beträgt 60 Millionen. Der Ortsverband.

Briefkasten der Redaktion.

Walter Schindler, D. 112. Eine spekulative Überbewertung findet in der Zeit statt, jedoch nur im Schlichthandel. Infolge dessen können wir auch An-zeiger nicht annehmen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Heinz Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Soziales und Konflikte: Fritz Ruckelshaus; Anzeigen: H. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Druckerei und Betriebsmittel Paul Singer u. Co., Berlin SE. 68, Eidenstraße 3. 31/32 S. 1. Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Theater i. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: **Schweiger Romdienhaus** Mein Vetter Edward

Volkshöhne 7 1/2 Uhr: **Lessing - Th.** Der Uebestechliche (Max Paalenberg)

8 Uhr: **Deut. Künstler - Th.** Allabendl. 7 1/2, Der Fährst. r. Pappenberg (Max Adalberg)

7 1/2 Uhr: **Rose - Theater** Ein Mann aus d. Volks

8 Uhr: **Casino - Theater** Die neuen Reichen

8 Uhr: **Lichtspielhaus** Berliner **Bockbrauerei** Belle-Alliance-Ecke Plöckstraße. Anfang 1/2 7 Uhr

8 Uhr: **Waller - Theater** Causa Naiser

8 Uhr: **Metropol - Varieté** Benenstr. 54

8 Uhr: **International** Spezialität. Programm

Komische Oper

7 1/2 Direktio James Wein 7 1/2

Die größte Revue des Kontinents

Die Welt ohne Schleier

Keine Bühne Europas bietet auch nur annähernd so Gewaltiges an Ausstattungspracht u. Namen prominenter Darsteller

Das Kristall-Ballett aus echten Kristallen. Das indische Bad. Die lebenden Kronleuchter. Die schwarze Spitzendekoration die lebende Tapete. Der Vorhang der Ueberraschung.

Else Berna / Rosa Felssog Madge Lessing / Liese Tiersch Eise Reval / Bruno Kastner Paul Westermeyer / Arnold Rieck / Anton Herrfeldt Stegfried Berisch

Mr. Douglas und Manleys akrobatischer Steptänzer

— Vorverkauf ab 10 Uhr ausverkauft —

Rennen zu Koppengarten

Freitag, d. 12. Oktober nachmittags 1 Uhr

Wohnungstausch In u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für mobilisierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht

Verband, mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe** Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptansprechstelle: **Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft** Jerusalemstr. 8/6 u. Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Nur 3 Tage!

Wollene Westen sowie Decken zur Anfertigung von **Arbeitsjoppen und Mänteln** zu besonders billigen Preisen.

1/9 bis 7 Uhr.

Walter Metzke

Landwirtschaftliche Bedarfsartikel Berlin SO. 26, Adalbertstr. 22.

Apollo-Theater

Direktion: James Klein

7 1/2 Allabendlich 7 1/2 Die große Revue **Europa spricht davon!**

Über 150 Darsteller! 1. Teil: H. Senta Söneland, Richard Semler, Hugo Flink usw. Vorverk. ab 10 Uhr ausverkauft.

Elite-Sänger U. a. Der Haus-schlüssel

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von **Dr. Selma Schöber-Auweck**

Eine notwendige Schritt für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.

Preis-Grundzahl Mk. 0,15

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. (Lindenstr.)

ANZÜGE

PALETOTS Gummi-Mäntel DAMENKONFEKTION **MOEBEL-EINRICHTUNGEN** in 4 Etagen. Auf Wunsch Zakupersicherung

A. DAMITT Rosenthaler Str. 48/47

Berein der Berliner Buchdrucker u. Verein d. graph. Hilfsarbeiter

Montag, 15. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal): **Gemeinsame Generalversammlung** der Organisationsfunktionäre

1. Die Rolle der Sozialver-sicherung und unsere Interessen. Ref.: Röll, Ebel. 2. Berichterstattung von den Vorstandsmitgliedern.

Robert Braun, Ditts Gisth. NB Die für Montag, den 15. Okt., ange-setzte Sitzung der Schlichtungsausschü-beitsteher findet am Dienstag, den 16. Okt., um 4 Uhr bei Penning statt.

Ortskrankenk. f. d. Maurergewerbe zu Berlin

Für die Zeit vom 15. bis einschließl. 19. Oktober 1923 gelten folgende Beiträ-gen, Grundlöhne und Beiträge:

Beitragsverdienst in vollen Millionen Mark	Grundlohn in vollen Millionen Mark	Beitrag in vollen Millionen Mark
1 bis einschl. 40	30	2 400
2	50	4 800
3	120	9 600
4	150	11 200
5	200	14 400
6	240	17 600
7	280	20 800
8	320	24 000
9	360	27 200
10 über	360	400

Gust Thöns, R. Freund, Vorstehender, Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlerhof und Umgebung **Befanntmachung**

Wir geben hierdurch bekannt, daß der Reichsverband der Ortskrankenkassen (R.O.V.) am 27. September 1923 ab 8. Oktober 1923 in Kraft treten zu lassen. Für diejenigen Vorarbeiten, die sich auf ein wirtsch. tätiger Arbeitsverhältnis nicht beziehen, ist für die befristete Mitgliedschaft, betragen die Grundlöhne ab 8. Oktober 1923 bis auf weiteres:

In Millionen Mark: Stufe I 30, II 50, III 100, IV 140, V 200, VI 250, VII 300, VIII 300, IX 340 X 400

Voltershof, den 10. Oktober 1923. **Der Revisionsrat** Max Kruppe, Vorsitzender.

Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen **billig!** im Vorwärts sind immer noch

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die Sitzung der mittleren Verwaltung fällt heute, Freitag, den 12. Oktober, aus.

Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser

Die Funktionärskonferenz findet nicht heute Freitag, sondern morgen Sonn-abend, nachm. 5 Uhr, statt.

Achtung! Baumannschläger Achtung!

Die Besondereversammlung ist auf Sonnabend 7 Uhr verlegt. Die Ortsverwaltung.

Bettwäsche

In der heutigen Zeit, wo alles so wahn-sinnig teuer ist, kommt es vor allem darauf an, **Qualitätsware** zu kaufen. Gerade in dieser Beziehung haben wir uns ein gutes Renommee erworben. Unsere Verarbeitung ist die denkbar sauberste, auch dem vorwäh-lichsten Geschmack tragen wir Rechnung. Unsere Preise sind infolge der scharfen Kalkulation sehr günstig.

Wir haben: **Deckbettdecken, Kissenbezüge, harte Bett-wäsche, Bettdecken, Bettdecken, Bettdecken, Tischwäsche, Kinderbettwäsche, Hand-tuch, Laken, Frühlingswäsche, Feinereislinen, Bettdeckenbezüge.**

Tafeldecke in Baumwolle, Halb- und Reineinen für 6 bis 24 Personen **Damen-Lackwäsche** von der ein-fachsten bis zur elegantesten Ausführung.

Besonderes Angebot: Molton Bettbezug glatt, weiß, gestreift u. farbig, weiche und mollige Qualität. Sehr Preiswert!

Reisige Auswahl, Fachmännische, unvor-kommende Bedienung.

Kumpen-Jäger

Kottbusser Damm 73 Landsberger Straße 88 Dresdener Straße 33 Charibg., Wilmersdorfer Str. 37 **Gebäude von 6-1, 3-1**

Kohlenpreise und Werktarife.

Die Stadtverordneten über die Notstände der Zeit.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine große Debatte über die Werktarife und ihre Abhängigkeit von den Kohlenpreisen. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Antrag, der Maßnahmen gegen die Kohlensteigerung fordert, wurden zwei Anträge der Bürgerlichen verhandelt, in denen die Klagen über die Werktarife sich Luft machten. Genosse Brodat, der unseren Antrag begründete, verurteilte die Kohlenpreispolitik des Reichskohlenrates, die zu den ungeheuerlichsten Kohlenpreiserhöhungen geführt und uns mit ihnen auch die unerträglich hohen Gaspreise gebracht hat. In sehr ernsten Worten schilderte Oberbürgermeister Böß die Bedrängnis der Werke, denen bei Fortdauer der Kohlensteigerung völliges Erliegen droht. Stadtkämmerer Karding geißelte die systematische Hege gegen den Magistrat, für die die notgedrungene Steigerung der Werktarife einen willkommenen Anlaß abgibt. Die Anträge wurden dem Magistrat als Material überwiesen. Dasselbe geschah im ersten Teil der Sitzung mit dem gegen die Verwahrlosung der Häuser sich richtenden sozialdemokratischen Antrag. Unsere Genossen Wegl und Patloch forderten, daß der sehr erhebliche Betrag, der den Mietern für laufende Instandsetzungsarbeiten abgenommen wird, wirklich hierzu Verwendung findet.

Die zweite Beratung der Vorlage wegen Reorganisation der städtischen Werke wurde zu Anfang der Sitzung zunächst zurückgestellt. — Hinsichtlich der Sozialen Frauenschule in Schöneberg hatte der Ausschuss einen Antrag auf Unterstützung der Schule aus städtischen Mitteln angenommen. Die Versammlung trat den Ausschlußbeschlüssen bei. — Die Novelle zur Vermögenssteuerordnung, die u. a. die Kartentaxen vereinheitlicht, gelangte zur Annahme. Die Gebühr für die städtische Müllbeseitigung für die zweite Hälfte Oktober wurde auf 4 Millionen Prozent (statt 2,7 Millionen) des staatlichen Gebäudesteuerwertes festgesetzt.

Ein Antrag unserer Genossen vom 2. Oktober ersucht den Magistrat, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, um

den Verfall der Häuser und Wohnungen zu verhüten,

Zwangsmassnahmen gegen die Hausbesitzer zu ergreifen, welche die Beträge für laufende Instandsetzungsarbeiten nicht restlos diesem Zweck zuführen.

Gen. Wegl: Es hat Aufsehen erregt, daß der Magistrat über den Vorschlag der Hausbesitzer hinausgegangen ist, indem er für Oktober statt des 1.4 Millionenfachen das 2.4 Millionenfache der Grundmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten genehmigte, wie es der Wohnungsausschuss forderte. Die organisierten Hausbesitzer wollen auch auf dem Wege von der verhassten Zwangswirtschaft loskommen, daß sie die Häuser verfallen lassen. Um dem entgegenzuarbeiten, ist diese erheblich erhöhte Summe eingestellt worden. Welche Gewähr besteht nun für die bestimmungsmäßige Verwendung dieser großen Beträge, und wie kann ein widerspenstiger Hauseigentümer zur Erfüllung seiner Pflicht gezwungen werden? Tatsächlich wird man von einer besonderen Tätigkeit im Punkte laufender Instandsetzungsarbeiten in den Groß-Berliner Häusern nichts gewahr.

Für die Interessen der Hausbesitzer und die Beseitigung der Zwangswirtschaft traten sehr lebhaft die Herren Tropp (Dnat.) und Bissing (D. Sp.) ein. Schumacher (Komm.) wünscht die Kommunalisierung des Hausbesitzes. Auf Antrag des Gen. Patloch wurde der Antrag sowie ein Gegenantrag der Deutschnationalen an den Magistrat als Material überwiesen.

Gemeinsam beraten wurden dann vier Anträge, die sämtlich die städtischen Werke, ihre Tarife und ihre Geschäftspraxis betreffen.

Von der Wirtschaftspartei wird eine zehntägige Zahlungsfrist für das Wassergeld gefordert; die Zentrumspartei will den berechtigten Klagen über Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten bei Aufstellung und Einziehung der Gas- und Elektrizitätssrechnungen abgeholfen wissen. Der Antrag des Genossen Heimann, den wir feinerzeit im Wortlaut mitgeteilt haben, hat die Kohlenpreispolitik des Reichskohlenrates und die für die Berliner Bevölkerung daraus entstehenden Gefahren zum Gegenstande. Von den Deutschnationalen liegt gleichfalls ein Antrag

betr. Kohlenbeschaffung usw. vor, außerdem fordert diese Fraktion entsprechende Zahlungsfristen für Gas und Strom.

Den Antrag Heimann begründete Gen. Brodat mit dem Hinweis, daß die Berliner Werke nicht über 5 Tage hinaus Vorrat an Kohlen zu haben in der Lage seien. Der Magistrat müsse alles daransetzen, um die Reichsregierung zu zwingen, diese unerträgliche Preispolitik auszugeben. Englische Kohle sei ab Hamburg um 50 Proz. billiger als deutsche! Die Versammlung möge einmütig den Antrag annehmen, die Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen aber der Werkdeputation, die am Freitag Sitzung halte, überweisen. Dem Antrag der Wirtschaftspartei könne die Berücksichtigung der Geldentwertung nicht zugebilligt werden.

Sehr scharf zog Galle (Z.) gegen die Praxis bei der Ableitung und Abrechnung für Gas und Strom zu Felde. In der Aussprache sagte Fabian (Dnat.) den Ruin und Untergang der Industrie binnen kurzer Zeit voraus, wenn nicht auf dem Gebiet des Kohlenpreises sofort Wandel geschaffen würde. Gegenüber einem Friedenspreis von 18 Goldmark sei heute der Preis 45 Goldmark. Den Vorschlag der achtstägigen Kofelung hielt Redner für das Beste, was geschaffen könnte. Nicht nur der enorme Kohlenpreis drücke die Gaswerke zu Boden, sondern auch der ungeheuer zurückgehende Konsum.

Direktor Kühne von den Wasserwerken bat dringen um Ablehnung des Antrags der Wirtschaftsparteier. — Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Neumann, teilte mit, daß jedenfalls schon morgen Freitag der Reichskohlenrat eine Ermäßigung des Kohlenpreises beschließen würde. Wenn selbst die Rechtspreffe, so der „Total-Anzeiger“, dem Magistrat wegen seines Wuders mit Zivil- und Kriminalprozessen drohe, so schiebe das erheblich über das Ziel hinaus. Man sollte dem Verbraucher gestatten, seinen Wochenbedarf in werbeständigen Gutschein vor zu kaufen, wozu ein festzulegender Höchstbetrag in Zahlung zu nehmen wäre.

Auch Oberbürgermeister Böß gab zu, daß die Lage der Verbraucher verzweifelt ist, weil sie nicht mehr leistungsfähig sind. Die Lage der Werke sei nicht minder verzweifelt; einzelne davon hätten nur noch Vorräte für 1 bis 2 Tage.

In wenigen Tagen müßten die Werke erliegen.

Die Stadt habe sich an die Reichsregierung gewandt; diese müsse eingreifen, um das rasende Steigen der Kohlenpreise zu verhindern. Würde sie hören, was in der Versammlung gesagt worden ist! Der Magistrat werde sich am Sonnabend mit den Beschlüssen beschäftigen, die die Werkdeputation Freitag fassen werde.

Um 7 1/2 Uhr war in diese Aussprache die Abstimmung über die Anträge eingeschoben worden, die von den Deutschnationalen und von Herrn Richard Kunze zur Krankenkassenfrage am 4. Oktober gestellt waren. Mit 98 gegen 82 Stimmen lehnte die Versammlung das Verlangen ab, die Krankenkassen zum Erlaß der vollen Selbstkosten der Krankenhäuser für ihre Kaspatienten ab 1. Oktober 1923 heranzuziehen; für den Antrag Kunze, Nichtmitglieder von Krankenkassen zu den Krankenhauskosten nach der Höhe des Einkommens heranzuziehen, stimmte nur der Antragsteller; das weitere Verlangen der Deutschnationalen, die Selbstkosten so weit einzuschneiden, daß der Bestand der Krankenhäuser für den Winter gesichert bleibt, wurde dem Magistrat überwiesen.

Zu den Werkstarisanträgen sprach dann noch Dörr (Komm.), der die Preispolitik der Werke in Grund und Boden verurteilte. Eine Wirtschaft, die auf die Einkommensverhältnisse der Verbraucher so gar keine Rücksicht nehme, wie die des Berliner Magistrats, sei eben zum Zusammenbruch verurteilt. Gegen die verdrückte Tarifpolitik des Reiches hätte der Magistrat die Berliner mobil machen müssen. Man könne doch der Bevölkerung nicht verübeln, wenn sie sich von Seiten, die berart das Deutsche Reich in den Vordergrund geführt hätten, regieren zu lassen keine Lust mehr habe.

Der Kämmerer trat dem Borredner hinsichtlich der „sozialen Abgabe“ entgegen, die in den Gaspreisen anklopfen ist; die Stadtkasse habe von dieser Abgabe bisher absolut nichts gehabt. Die Angriffe gegen die wucherische Praxis der Verwaltung seien eine richtige Hege mit positiverm Hintergrund.

Die Schlussworte der Antragsteller schlossen nach 9 Uhr diese umfangreiche Diskussion ab. Gen. Brodat hielt der Rechten treffend entgegen, daß der Währungsverfall mit der Ermor-

dung Rathenaus seinen Anfang genommen habe. Mit Recht warf er dann die Frage auf, weshalb die Rechte und ihre Presse sich zwar andauernd gegen den Berliner Magistrat, aber noch niemals gegen die private Gasbetriebsgesellschaft gewendet habe.

Die Versammlung überwies sämtliche Anträge an den Magistrat. Schluß 9 Uhr 20 Minuten.

Seltene und teure Kartoffeln.

Der Preisaufschlag am Lebensmittelmarkt dauert weiter an. Die Lebensmittelpreise, die in den Vormittagsstunden notiert wurden, erwiesen sich in den Abendstunden bereits als hinfällig. Folgt, der in den Vormittagsstunden des Donnerstags „noch“ mit 520 Millionen Mark im Kleinverkauf gehandelt wurde, kostete in den Abendstunden über 600 Millionen das Pfund. Schmalz war neben der Butter nicht erhältlich, was zur Folge hatte, daß die finanziell gut dastehenden Leute ängstlich die Margarine wegkauften. Der Pfundpreis betrug hier im Durchschnitt 500 bis 700 Millionen. Auch die Fleischpreise haben sich innerhalb weniger Stunden erheblich verändert. Für Kartoffeln wurden — soweit überhaupt solche zum Verkauf standen — ganz unerhörte Preise verlangt.

In den einzelnen Markthallen, wo man mehr geschlossene als geöffnete Stände wahrnehmen konnte, fanden sich die Hausfrauen gruppensweise zusammen, um in erregten Worten die katastrophale Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu diskutieren. Während es in den Markthallen selbst zu Ausschreitungen nicht gekommen ist, hat die plötzlich wieder einsetzende Kartoffelknappheit und Kartoffelsteigerung in der Bevölkerung größte Unruhe hervorgerufen. So kam es am Donnerstagnormittag in der Schererstraße zu einer großen Menschenansammlung. Etwa 25 Händler hatten sich hier mit ihren Kartoffelwagen aufgestellt. Infolge der hohen Preise kam es zu erregten Szenen. Die Menge fiel über den Wagen der Händlerin Marie Haupt her und eignete sich etwa 3 Zentner Kartoffeln an. Darauf ergriffen die übrigen Händler, um sich vor Plünderungen zu schützen, die Flucht. Als die herbeigerufenen Polizeibeamten erschienen, waren die Täter bereits verschwunden. Vor dem Hause Richardstraße 63 warfen Passanten einen dem Händler Albert Klein gehörenden Wagen um, weil er für zehn Pfund Kartoffeln 75 Millionen Mark verlangte. Dann fielen sie über die umherrollenden Kartoffeln her und entwendeten circa 1 1/2 Zentner. Beamte der nächsten Polizeiwache stellten die Ruhe wieder her, doch konnten die Täter nicht mehr ermittelt werden. Ebenfalls wegen der hohen Kartoffelpreise kam es auf dem Wochenmarkt am Kranoldplatz in Neukölln zu einer größeren Unruhmung. Die erregte Menge konnte zerstreut werden.

Der elegante Herr Langrod.

Zahlreiche Erfolge eines Heiratschwindlers.

Ein gefährlicher Heiratschwindler und Betrüger treibt in Berlin und in den umliegenden Vororten sein Unwesen, der sich Franz Langrod nennt und vorgibt, ein Kaufmann zu sein. Sein letztes Opfer war eine Familie in einem Vorort.

Langrod lernte dort eine junge Dame kennen und gewann als elegant und sicher auftretender Mann ihre Neigung. Die Hochzeit sollte bald stattfinden. Die junge Dame hatte Beziehungen zu Berliner Großkonfektionsgeschäften. Diese nutzte „Langrod“ schon vor der Verlobung aus. Mit einer Empfehlung der jungen Dame führte er sich in einem hiesigen Konfektionsgeschäft ein unter der Vorspiegelung, daß er seiner Braut einen Mantel schenken wolle. Sehr redigewandt erzählte er dabei auch, daß er gute Verbindungen habe und für die Firma leicht Waren ablegen könne. Weil das Geschäft die Dame gut lachte, so hatte man keine Bedenken und gab dem Wanne 9 kostbare Mäntel mit. „Langrod“ schenkte einen davon seiner Braut, verkaufte die anderen und veranstaltete nun mit dem Erlös eine glänzende Verlobungsfest, bei der sogar 2 Musikkapellen mitwirkten. Einem Verwandten seiner Braut spielte er vor, daß er in Berlin einen Abnehmer für einen größeren Posten Waren habe. Der Verwandte verlor denn auch die Ware, ohne sich von seinem künftigen Schwager gleich bezahlen zu lassen. Endlich ließ der Bräutigam durchblicken, daß die Einrichtung der Braut für seine glänzende Wohnung in Berlin nicht recht geeignet sei. So wurde er ermächtigt, sie zu verkaufen, und behielt das Geld für sich. Nachdem

Das Verbrechen der Elise Seitler.

15] Novelle von Hermann Kesser.

Elise aber sagte von ihm, daß er auch ein Künstler gewesen sei, und beschrieb es Gertrud, wie er mit seinen feinen und langen Händen oft in die Tasten griff und darüber in gewaltigen Sprüngen und perlenden Läufen hinjagte, wie er sie lachte und leise ansah, daß es wie ferne Waldhörner tönte, und wie er die Finger von Taste zu Taste zu binden vermochte, so daß die zitternden Saiten schmelzende Lieder sangen. Und das als Antwort auf die schwarzen Klagen der schwirrenden Bässe, der dicken Nieselnieder unter den schlanken Saiten, die, wie Augustus gelegentlich zu Elise sagte, das empfindlichste Ohr für die Stimmung verlangten. Er erklärte es nämlich einmal Elise, die mit einem weißen Häubchen und einem Staubwedel im Hause herumging, warum es notwendig wäre, ein- und denselben Ton so viele Duzendmal hintereinander klingen zu lassen und dabei mit den Griffen des eisernen Schließels an den Rollen zu drehen, auf denen die Saitenenden wie Früden auf eine Spule gewickelt waren. Doch schien dies dem Stubenmädchen Elise eintönigen Arbeit die befreiten Hände auf die weißschwarzen Tasten warf, daß oben das Hammergestänge wild und ungestüm hüpfte und niedersprang und die Wände der Zimmer dröhnten von dem Gebrause und dem Kampf des herrlichen Spiels. Aber wie mit einem Schlage von seiner eigenen Kunst ermüdet, schnitt der Klavierspieler nicht selten mitten in einer Melodie ab und schloß dann, wie wenn er nicht mehr erfüllen könnte, was der Anfang versprochen hatte, mit harten und schrillen Klängen, setzte wie zornig die Vorderwand in die Fäden der Bretterklanken und warf den Deckel zu. An der Bewunderung Elises, die im Türrahmen lehnte, ging er zwar stets mit einem freundlichen Blick vorbei, aber so laut, daß sie es hören konnte, knurrte er es halb zu sich, halb zu ihr: Er sei ja doch nur ein Klavierspieler und nicht mehr.

Es war an einem Pfingstamstag, an einem Abend, wieder hatte der Klavierspieler der Reihe nach an den Instrumenten gelesen, daran geschraubt und die Saiten gestellt, wieder stand Elise unter der Türe, als er in einem reich und verklärungen gespielten Choral, darin wohl die heiterliche Klänge des kommenden Tages verkündet war, den Takt abrief und hinauseilte, wieder mit einem verbitterten Gesicht

und dem Wort dazu, das Elise schon so häufig vernommen hatte.

Aber diesmal hielt sie ihn fest, mit der welchen Frage nach dem Grund seines unzufriedenen Mundes, der Klavierspieler aber sah ihre gültigen Augen und stand ihr Rede.

Am nächsten Morgen wanderten sie selbender durch den grünen Pfingsttag. Und kaum ein Monat verstrich, da war Elise der Zukunftshimmel mit farbigen Blumen behangen: sie war seine Braut, seine Braut, wennschon die trante Mutter in Bergigensfeld schmähte, daß sie mit einem hergelaufenen Fremden vom anderen Ende der deutschen Lande in die Welt hinausziehen wolle, mit einem, von dem Elises und Augustus' Dienstherr selber gesagt hatte, daß er mit Grillen in seinem Dickhädel herumlaufe und nicht bei seinem Handwerk aushalten werde.

So wechselte Monat um Monat.

Sie warteten auf ein blaues Wunder, das kommen sollte, und schoben die Hochzeit aufs Frühjahr; er blieb in der Stadt und stimmte Klaviere, Elise zog wieder aufs Dorf und nähte und nähte, an Hemden, Rissen und Tüchern, die Mutter aber nestelte aus altem Verstaub verborgene Sparpfennige, um für den künftigen Hausstand im engen Stübchen doch zu bereiten, was arme Frauen mit fleißigen Händen vermöchten. Als der Fesching kam, war ihre Liebe noch immer nicht alt geworden, aber sie sahen sich feltener, weil der Bräutigam jetzt um des Geldes willen am Abend in Sälen und Kneipen zum Tanz aufspielte.

So ließ die Alte geruchsam die Asche ihrer Erinnerungen durch die Hände gleiten, als vom Wald her ein Windstoß wie ein schriller Pfiff in das Laub drang und auch einen Laden an den Fenstersockel schleuderte, daß auf dem Gartenkies das Glas in Stücken verflirrte. Der scharfe und hellharte Laut ging der Alten wie ein Schuß in die Ohren.

Und wie wenn ihr mit der gläsernen Scheibe das Gedächtnis und der Wille gebrochen wären, wie es Gertrud mit allen Gebärden verlangte, das Ende des unglückseligen Liebes zu sagen, so nahm jetzt Elise den Faden nach einem Wort des Aberglaubens über das zerprungene Glas nur noch unsicher auf und machte es Gertrud schwer, sich aus verhassten und wieder abgebrochenen Sätzen zusammenzureimen, was sich zugetragen hatte.

Bald fing die Alte von einer verumtummelten Nacht in einem Tonnhaus an, von der sie und ihr Bräutigam weinschwer und wie im Rausch über einsame Schneefelder gingen

und endlich in einen Heuschöder kamen, bald sprach sie von einer welschen Singpiegelsellschaft, die ihn auf weite Reiten mitnehmen wollte, bald von dem Dorfpfarrer, der sie nicht mit dem Protestanten zusammengeben und den Augustus katholisch haben wollte, und bald von der Mutter, die am Friedhof ihrem toten Mann begegnet war. Und doch wurden sie aufgeboten, um in sechs Wochen die Hochzeit zu haben; in der Stadt war es im Vorgang des alten Rathauses in schöner Schrift mit dem Stempel des Magistrats zu lesen und in Bergigensfeld standen die Bauerndamen am Bürgermeisteramt zusammen, als der Amtsdienner das Aufgebot an das schwarze, vergitterte Brett heftete.

Dann kam es, das Unglück, das Schreckliche, das sie in Not und Elend brachte, so daß ihr die Tage fürs übrige Leben dahintrieben, wie abgeschwemmte Blumen in einem schmutzigen Fluß. Am Ostermorgen, da sie ihm in einem blauen Reifrod und mit einem blauen Samtbund im Haar auf der Straße entgegenging, blieb er aus. Es wurde Mittag; ohne einen Bissen zu essen, sah sie vor der vollen freitagsschüssel. Der Abend ging hin, die Nacht brach herein und er war nicht gekommen. Und er kam nie mehr wieder, denn wie ein Dieb und ein Schelm war er ohne Gruß in die Welt gegangen, und niemand wußte zu sagen wohin und niemals schrieb er ein Wort.

Die Alte schluchzte und Gertrud streichelte ihr die knöchernen Hände, sie sah mit ihren klaren Augenspernen auf den gesenkten Scheitel Elises und die hob das Haupt und sah des Mädchens unerschattete Jugend. Und es band sie die Scham, sich bloßzureihen vor diesen Augen und dieser Jugend, und sie verschwie das Letzte und Schwerste: daß ihr auch ein Kind von dem Manne unter dem Herzen atmete, als er sie heimlich verließ, und daß sie es fern von der Stadt und dem Dorf in der Fremde gehar, für alle Zeiten mit einem Schandmal gezeichnet, davon die Mutter ins Grab sank. Mit einem lebendigen Schandmal, denn das Kind wuchs heran, und wurde ein kranker Knabe, war ein starrer Mann, der nicht leben und nicht sterben konnte, und stand wie der fleischgewordene Fluch dieser Liebe vor ihr, bis ihn der Tod holte und von einer Mutter nahm, die er nur sah, wenn sie ihm heimlich ein Almosen reichte, von einer Mutter, die ihm gebot, die Straße zu meiden, auf der sie dahinschlief, weil ihr sein Anblick die Welt zum Gefängnis machte, darin sie mit einem Zeugen aus dem dunkelsten Bezirk ihres Lebens mit unabänderlichen Ketten zusammengeschmiebet war. (Fortsetzung folgt.)

er am Sonnabend dieses Geschäft abgeschlossen hatte, schickte er vor, daß er in dringenden Geschäften eilig verreisen müsse. Am Montag kam nun die Braut nach Berlin und stellte hier zu ihrem Schrecken fest, daß alles, was „Langrod“ erzählt hatte, Schwindel war. Es ergab sich dann, daß er auch den ihr gehörigen Mantel noch mitgenommen und zu Geld gemacht hatte, ebenso den Beizen und die Aussteuer.

Berlin wieder ohne Milch. Trotz gewaltiger Preissteigerungen.

Auch die kurzfristigen Preisnotierungen für Milch haben die seit Monaten drohende Katastrophe nicht aufzuhalten vermocht. Trotz aller Aufrufe der landwirtschaftlichen Groß-Organisationen ist das Quantum der eingehenden Frischmilch von Woche zu Woche geringer geworden und anstatt die Städte zu beliefern, wird die Rohmilch von den Landmolkereien nur noch zu den geminnbringenderen Butter-Erzeugung verwandt. In den letzten Tagen sind nach Berlin täglich nur 170 000 bis 175 000 Liter Milch geliefert worden und das Milchamt Berlin sah sich deshalb gezwungen, dem Handel nur 25 Proz. seines Kontingents zuzuwenden. Die jetzt ankommenden Posten reichen kaum noch aus, um die Milchversorgung für die Säuglinge und werdenden Mütter sicherzustellen. An einigen Stellen konnte die Versorgung selbst hier nicht mehr voll durchgeführt werden. Dabei sind weitere rapide Preissteigerungen für Milch in Sicht. Die amtliche Butternotierung stellte gestern einen Preis von 1225 Millionen für Butter fest und infolgedessen wird der Milchpreis jetzt auf etwa 150 Millionen Mark erhöht werden. Auch ein Appell des Oberpräsidenten an die Landwirte, die Großstädte weiter zu versorgen, hat bisher keinen Erfolg gehabt.

Billigeres Brot für Kinderreiche.

In der gestrigen Reichsratsitzung wurde von Seiten des Arbeitsministeriums die Erklärung abgegeben, daß angesichts des Fortfalls der Markenbrotversorgung zum 15. Oktober und der damit verbundenen Steigerung des Brotpreises von diesem Zeitpunkt an kinderreichen Familien Zuschüsse zum Brotankauf gewährt werden sollen. Außerdem werden zur Erleichterung des Uebergangs zur freien Broterzeugung besondere Mittel für Sozial- und Kleinrentner ausgeschüttet. Bei den Kriegsbekämpften, Kriegshinterbliebenen und Erwerbslosen wird diese Verteuerung bei der laufenden Erhöhung der Bezüge inneweitens berücksichtigt werden.

Die Dollarfohle.

Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 11. d. M. stellen sich die Briten- und Kokspreise ab 12. d. M. wie folgt: Küchen- und Ofenbrand: Briten ab Lager 1 960 000 000, frei Keller 2 050 000 000, Gastsols ab Lager 5 112 000 000, frei Keller 5 218 000 000. Bei fuhrnweiser Lieferung: Briten ab Lager 1 960 000 000, frei Keller 2 038 000 000, Gastsols ab Lager 5 112 000 000, frei Keller 5 204 000 000.

Diese tägliche Preisaufstellung ist natürlich für die Papierlohn empfangende Bevölkerung völlig wertlos. Denn das Kohlenamt erlaubt wohl selber nicht, daß sich unter den augenblicklichen Verhältnissen ein Arbeiter einen Zentner Briten für 2 Milliarden leisten kann.

Mordprozeß Mische.

Der Angeklagte Mische bleibt bei seiner verantwortlichen Verantwortung bei der in der letzten Verhandlung von ihm gegebenen Darstellung, daß der „Sachfenernst“ seinen Sohn beseitigt habe. Auf Anraten von „Sachfenernst“ habe er seiner geschiedenen Frau gesagt, der Junge sei zu einem Landwirt Schulz nach Schönfeld bei Niederbarnim gekommen. Dies sei eine Erfindung gewesen. Er habe seine Frau nur beruhigen wollen. Der Vorstehende hält Mische kein beachtliches Verhalten vor. Zuerst habe er alles bestritten, dann habe er ein angelegliches Geständnis abgelegt, daß er mit seinem Sohn zusammen Selbstmord verüben wollte und daß der Junge dabei ertrunken sei. Als man ihm auf der Polizei in Aussicht stellte, die Leiche auszugraben und ihn derselben gegenüberzustellen, habe er erklärt, daß er nunmehr ein glattes Geständnis ablegen wolle. Er habe seinen Sohn loswerden wollen und ihn ins Wasser geworfen. Der Angeklagte erklärt dazu jetzt, daß er damals durch die vielen Fragen ganz wirr im Kopf gewesen sei und schließlich alles zugegeben habe, damit die Kriminalbeamten ihn in Frieden ließen. Vor: Angeklagter Mische, haben Sie nicht das Bedürfnis, Ihr Gewissen durch ein reines Geständnis zu entlasten? — Angekl.: Ja bin mir nichts bewußt.

Es wurde dem Angeklagten dann die photographische Aufnahme der Leiche vorgelegt. Unter diesem Eindruck scheint Mische zusammenzubrechen. Er beipflichtet sich eine Zeitslang mit Rechtsanwalt Dr. Brandt und erklärt dann, daß er jetzt ein Geständnis ablegen wolle. Unter Jögern und Stößen wiederholt er nochmals seine ersten Angaben, daß er die Leiche gehabt habe, mit dem Jungen zusammen sich das Leben zu nehmen. Er hätte seinen Sohn auf den Rücken genommen und sei dann ins Wasser gesprungen. Im Wasser sei ihm aber der Lebensmut wieder erwacht und er wäre herausgeschwommen. Als er sich nach seinem Sohn umfah, war das Kind schon untergegangen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann ist der Meinung, daß dieses Geständnis kein Geständnis sei, sondern nur ein neues Abgemache. Die Verhandlung wird am heutigen Freitag fortgesetzt.

Um 45 Milliarden versehen.

Ein verhängnisvolles Versehen droht einen Postbeamten in wirtschaftlichen Ruin zu stürzen, wenn nicht nachträglich eine Aufklärung des Vorfalls erfolgt. Am Dienstag, den 9. d. M., gegen 11 Uhr vormittags, hatte beim Postamt C 2, Königstraße, am Schalter 6 ein junger Mann Einkommensteuermarken im ungefähren Betrag von 5 700 000 000 Mark gekauft und mit 6 Milliarden Scheinen bezahlt. In der Zusammenstellung über die zu kaufenden Marken, die der junge Mann erst am Schalter machte, nachdem er sich bei den Schalterbeamten über die

vorrätigen Marken erkundigt hatte, hat er irrtümlich für 1000 Stück à 50 000 000 Mark den Betrag von 5 000 000 000 statt 50 000 000 000 Mark eingeseht. Der Beamte hat dieses bei der Herausgabe der Marken übersehen. Dadurch ist ein Minderbetrag von 45 000 000 000 entstanden. Der junge Mann, der die Marken abgeholt hat, sowie die Firma, die die Marken hat holen lassen, werden dringend um Rückgabe dieses Betrages gebeten, da der betreffende Beamte dafür haftbar ist. Die fraglichen Marken (je 50 000 000 Mark) sind in der von der Reichsdruckerei gelieferten Originalpackung (20 Bogen zu je 50 Stück in einem Umschlag) herausgegeben worden.

Die durch Zirkular anberaumte erweiterte Sitzung des Zentralvorstandes

an welcher neben den Reichstags- und Landtags- Abgeordneten auch Vertreter einiger größerer Ortsvereine und die Sekretäre teilnehmen, findet am Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 10 Uhr in Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 5 (Saal 8), statt.

Der Bezirksausschuß des Bezirksverbandes Brandenburg.
J. A.: Wilhelm Krüger.

Die Hochbahn erhöht wieder.

Die Hochbahngesellschaft teilt mit, daß sie wegen der neuen außerordentlichen Preiserhöhungen eine weitere Tarifierhöhung vornehmen muß. Vom Sonnabend, den 13. d. M. ab werden folgende Fahrpreise gelten: 3. Klasse 10 000 000 Mark und 15 000 000 Mark, 2. Klasse 15 000 000 Mark und 20 000 000 Mark. Wochs zu je 6 Karten kosten 3. Klasse 90 000 000 Mark, 2. Klasse 125 000 000 Mark. Wochenkarten zu 13 Fahrten für die ganze Strecke kosten 3. Klasse 125 000 000 Mark, 2. Klasse 170 000 000 Mark.

Im Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird der Mindestpreis der Einzelkarte vom 13. Oktober ab auf 18 000 000 Mark in der 3. Klasse und 27 000 000 Mark in der 2. Klasse festgesetzt. Der Zonenabstand beträgt in der 3. und 2. Klasse 6 000 000 Mark und 9 000 000 Mark. Zeitkarten werden nach den bisherigen Grundfähren berechnet; bisher gelöste behalten ihre Gültigkeit.

Die Einbürgerungsgebühr ist mit Wirkung vom 15. Oktober auf 3,5 Milliarden Mark erhöht worden.

Die Arbeiter-Unterrichtsturse C. B. laden alle ehemaligen Hörer und Mitglieder zu der am 12. Oktober, abends 8 Uhr, in der Rieberwallstr. 12 stattfindenden Versammlung ein.

Jubiläum. Das Fest der Goldenen Hochzeit begeht am heutigen Tage der Sozialrentner Friedrich Uderl mit seiner Ehefrau, Bellermannstr. 88. Er ist wohl einer der ältesten Leber der Berliner Parteibrotze. — Auch der Schuhmachermeister Friedrich Radtke, Lange Straße 48, feiert mit seiner Ehefrau Amalie heute das Fest der Goldenen Hochzeit. — Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Fa. E. W. Barischall, Buchdruckerei und Buchbinderei, blickt heute, am 12. Oktober 1923, der Antikarner Richard Kühnel, Reußstr. 89/90, zurück.

Abhanden gekommen. In einer Genossin am Sonntag, 7. Oktober, im Neuen Theater am Zoo eine Geldtasche mit 300 Millionen Inhalt und wichtigen Papieren. Der ehrliche Finder kann den Betrag gegen Rückgabe der Tasche mit den Papieren behalten. Abzugeben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8.

Gand und Agnes Fuhrmann geben am Sonntag, den 14. Oktober im Neuen Theater, Ködener Str. 38, einen zweiten troden Abend unter dem Titel „Promm und Prech“. Von 7 Uhr bis 11 Uhr und lustige Volkslieder zur Laute. Anfang 8 Uhr.

Der Weineckische Männerchor Berlin 1900 (Mitglied des DVBV), Chormeister Rudolf R. K. Joseph, veranstaltet am Sonntag, 14. Oktober, nachm. 3 Uhr, in der Villa Harmonie, Bernburger Str. 23, ein Konzert unter Mitwirkung von Frau Minna Abel (Gesang) und R. K. Joseph (Klavier). Zum Vortrag kommen Chöre von Rurhardt, R. Sturm, W. K. Rogart, E. Rendat, R. K. Joseph und Fr. Schubert. Eintrittspreis 5 Millionen Mark.

Ein falscher Regierungsrat vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) wird am 16. Oktober die Straffache gegen den Regierungsrat Toll verhandelt werden. Die durch die im April d. J. in seinem Dienstzimmer erfolgte Verhaftung des Angeklagten großes Aufsehen erregte. Toll wird zur Last gelegt, als Leiter der Flüchtlingsfürsorge in den östlichen Grenzgebieten ihm anvertraute weibliche Angestellte durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt genötigt zu haben, sich ihm hinzugeben und körperliche Schädigungen mit einem Rohrstock von ihm zu erdulden. Zu der Verhandlung ist ein großer Zeugenapparat aufgestellt. Die Verteidigung Toll haben die Rechtsanwälte Dr. Max Wisberg (Berlin) und Dr. Kronheim (Frankfurt a. d. Oder) übernommen.

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 11. 10.	
(in Millionen Mark)	
Rindfleisch	175-220
Kalbfleisch	250-320
Schweinefleisch	230-350
Lebende Hechte	120-135
Schleie	100-120
Bleie	110-120
Karpfen	120-130
Bleie in Eis	90-100
Grüne Heringe	85-65
Margarine	500-700
Schmalz	720-800
Talg	600-650

Vollreis	
Erbsen	200
Haferlocken	225
Weißkohl	80
Wirsingkohl	25
Grüne Bohnen	40
Mohrrüben	12

Wochenlöhne in Berlin	
(in Millionen Mark)	
Lederwarenbranche v. 5. bis 11. 10.	9266
Kamm- und Haarschneckenbranche v. 5.-11. 10.	2760
Schilderindustrie v. 5.-11. 10.	2070

Das staatliche Bad Ester hat aus wirtschaftlichen Gründen den Badebetrieb Ende September eingestellt. Winterbetrieb wird in diesem Jahre nicht durchgeführt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksarbeitsgemeinschaft der Beamten und Lehrer. Besprechung am Sonntag, den 13. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Vortragssaal des Jugendheims, Lindenstr. 3, Sitzung, Ergebenheit Pflicht.
4. Kreis. Grenzlaube Berg. Aktionsausschuß der Elternvereine und Vorband der freien Schulgemeinden: Wichtige gemeinsame Sitzung am Sonnabend, den 13. Oktober, 7 1/2 Uhr bei Burg, Prenzlauer Allee 159. Ergebenheit Pflicht.
7. Kreis. Charlottenburg. Sonnabend, den 13. Oktober, ab 5 Uhr, Sprech- und Rosenhanden der „Freien Schulgemeinden“. Rat und Auskunft in allen Schulfragen. — Vertisfest um 6 Uhr Verbandssitzung.

Morgen, Sonnabend, den 13. Oktober:

10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Jugendveranstaltungen.

Am Freitag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung:

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Vorträge:

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Arbeiter Sport.

Herbstwaidlauf des 1. Kreises.

Die Kampfrichter der R. V. B. treffen sich am Sonntag, den 14. Oktober, um 12 Uhr, in der Waidhofsäule am Bahnhof Sadowa. Späteres Erscheinen ist zwecklos. Start der Kinder: 1/2 Uhr. Gemeinsamer Start der Männer, Frauen und Jugendlichen: 3 Uhr. Gemäß der Ausschreibung bleiben folgende Nachmeldungen unberücksichtigt: F. L. Reußstr. 10, Sportabteilung Lichtenberg, R. T. V. Frisch-Auf-Potsdam, Frische-West. Die Startenden haben Radeln zum Befestigen der Startnummern mitzubringen. R 8 11 m e r.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Grundpreis: Jedes Wort 60 M. Das fettdruckte Wort 120 M. (zuletzt 2 fette Worte). Stellensuche das 1. Wort (zuletzt 60 M., jedes weitere 30 M.). Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zuletzt 100000.

Kleine Anzeigen

Anzeigen (für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 65, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.)

Verkäufe

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Monatsanläge

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Möbel

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Musikinstrumente

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Kaufgesuche

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

Arbeitsmarkt

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.

17. 11. 10. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung des Raters und Rieterräte. Die Bezirksleiter werden ein.
17. 11. 7 1/2 Uhr, juristische Sprechstunde, Dortheimstr. 10, Sprechstunde, Ergebenheit Pflicht.